



Substanzielles Protokoll 158. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 29. Oktober 2025, 17.00 Uhr bis 21.05 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Sonja Haller

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Rahel Habegger (SP), Karen Hug (AL), Maleica Landolt (GLP), Albert Leiser (FDP), Luca Maggi (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Roger Suter (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|--|----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2025/430 * | Weisung vom 24.09.2025:
Städtische Gesundheitsdienste, Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung», Zusatzkredit | VGU |
| 3. | 2025/470 * | Weisung vom 22.10.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei, Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit | FV
VS |
| 4. | 2025/460 *
E | Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025:
Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen | VS |
| 5. | 2025/462 *
E | Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:
Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel | VS |
| 6. | 2025/463 *
E | Postulat von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 01.10.2025:
Freibad Auhof in Schwamendingen, Nutzung als Stadtpark während des Winterhalbjahres | VSS |

7.	2025/464	* E	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 01.10.2025: Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch, Menüangebot gemäss den Klimazielen der Stadt und den Ernährungsrichtlinien der städtischen Schulen	VSS
8.	2025/465	* E	Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.10.2025: Gesundes und klimafreundliches Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt	VSS
9.	2025/466	* E	Postulat von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 01.10.2025: Städtische Sportanlagen, Zulassung von Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen	VSI
10.	2023/41		Weisung vom 01.10.2025: Motion von Jürg Rauser, Matthias Probst und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte, Antrag auf Fristerstreckung	VIB
11.	2025/196		Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024	FV
12.	2025/197		Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024	FV
13.	2025/252	!	Weisung vom 25.06.2025: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hans Asper, Umbau und Hitzeminderungsmaßnahmen, Zusatzkredit	VHB VSS
14.	2025/253	!	Weisung vom 25.06.2025: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bullinger, Erweiterung, Projektierung, neue einmalige Ausgaben	VHB VSS
15.	2025/215	!	Weisung vom 04.06.2025: Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024	VSI

16.	2025/436	A	Dringliches Postulat von Guy Krayenbühl (GLP), Marco Denoth (SP), Roger Meier (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025: Ferien- und Sportzentrum Hoch-Ybrig AG, Verzicht auf einen Verkauf der Beteiligung	FV
17.	2025/403	A	Dringliches Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 10.09.2025: Strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ)	VS
18.	2025/404	A	Dringliches Postulat von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 10.09.2025: Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), längerfristige Sicherstellung des Betriebs und der Lehrstellen	VS
19.	2024/426	! A	Postulat der AL- und SP-Fraktion vom 11.09.2024: Massnahmen gegen die Entwicklung zu immer breiteren Personenwagen	VSI
20.	2024/427	! E/T	Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und Heidi Egger (SP) vom 11.09.2024: Verbesserung der Sicherheit an der Kreuzung Wehntalerstrasse/Glaubtenstrasse für die Querung der Schulkinder und weitere zu Fuss Gehende	VSI
21.	2024/431	! E/A	Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.09.2024: Sicherstellung der Nachtruhe in den nachts geöffneten Zürcher Parks	VSI
22.	2024/459	! E/A	Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 25.09.2024: Parkkartenverordnung (PKV), Berichterstattung über die Umsetzung der Regelung zur Anwohnendenparkierungsbewilligung	VSI
23.	2024/528	E/A	Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 20.11.2024: Bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere für Dienstleister	VSI
24.	2024/536	A/P	Motion der GLP-Fraktion vom 27.11.2024: Bootsplätze in der Stadt, Erreichung der Netto-Null-Ziele, Stärkung der Shared Economy und Förderung der ökologischen Antriebe	VSI

* Keine materielle Behandlung

! Behandlung in reduzierter Debatte

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärung:

Michele Romagnolo (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur politischen Kultur und zur Verantwortung von politischen Mehrheiten.

5298. 2025/489

Interpellation der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 22.10.2025:

Aufzonungen im Rahmen der geplanten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Festhalten an der hälftigen Einforderung der Mehrausnützung für preisgünstigen Wohnraum, Auslegung des rechtlichen Spielraums, Zeitplan für die Revision und Berücksichtigung Volksinitiative zur vollen Mehrausnützung nach § 49b PBG sowie allfällige Aufsplittung der Vorlage

Tanja Maag (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) wird in diversen Stadtquartieren zu Aufzonungen und Mehrausnutzungen führen. In diesem Zusammenhang drängen sich Fragen auf, wie mit diesen umgegangen werden soll. Die Antworten dazu sowie zum Zeitplan der Revision sind nützlich, wenn wir sie vor Legislaturende erhalten – deshalb die Dringlichkeit.

Der Rat wird über den Antrag am 5. November 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

5299. 2025/481

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 22.10.2025:

Aufnahme und Behandlung von schwerverletzten oder kranken Kindern aus dem Gazastreifen im Rahmen der vom Bundesrat lancierten humanitären Rettungsaktion

Severin Meier (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die verletzten Kinder aus Gaza können nicht länger warten. Der zynische und herzlose Entscheid des Regierungsrats macht es umso wichtiger, dass die Stadt aktiv wird. Das Programm des Bundesrats, 20 Kinder aus Gaza aufzunehmen, ist sehr zu begrüßen. Allerdings ist diese Zahl zu klein. Der Stadtrat soll so schnell wie möglich eine Erhöhung prüfen.

Der Rat wird über den Antrag am 5. November 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

G e s c h ä f t e

5300. 2025/430

Weisung vom 24.09.2025:

**Städtische Gesundheitsdienste, Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis
«Züri Can – Cannabis mit Verantwortung», Zusatzkredit**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
27. Oktober 2025

5301. 2025/470

Weisung vom 22.10.2025:

**Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei,
Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
27. Oktober 2025

5302. 2025/460

Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025:

**Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der
18- bis 25-Jährigen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des
Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ronny Siev (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5303. 2025/462

**Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie
Blaser (AL) vom 01.10.2025:**

**Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung
einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruations-
hygieneartikel**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des
Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5304. 2025/463

Postulat von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 01.10.2025:

Freibad Auhof in Schwamendingen, Nutzung als Stadtpark während des Winterhalbjahres

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5305. 2025/464

Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 01.10.2025:

Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch, Menüangebot gemäss den Klimazielen der Stadt und den Ernährungsrichtlinien der städtischen Schulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5306. 2025/465

Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.10.2025:
Gesundes und klimafreundliches Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5307. 2025/466

Postulat von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 01.10.2025:
Städtische Sportanlagen, Zulassung von Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Leah Heuri (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5308. 2023/41

Weisung vom 01.10.2025:

Motion von Jürg Rauser, Matthias Probst und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/41.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Der Stadtrat teilt das Anliegen der Motion. Es ist klar, dass die Fernwärme zukünftig fossilfrei betrieben werden soll. Darum braucht es die Wärmespeicher und zugehörige Standorte. Die Lösungen sollen gut abgestimmt, aber auch rechtssicher sein. Darum wird eine Fristerstreckung um 12 Monate beantragt. Mit den derzeitigen kantonalen Vorgaben liegt es nicht in der Kompetenz des Stadt- oder Gemeinderats, planungsrechtliche Grundlagen für eine solche Standortsicherung zu schaffen. In diesem Sinn kann man sie immer nur in den Projekten ausweisen und sie sind nicht rechtsverbindlich sicherbar. In den internen Prozessen der Stadt, wenn man Landreserven aufteilt, ist das bereits heute ein Thema, aber wir können das nicht in der Kompetenz des Gemeinderats fixieren. Unter den heutigen Voraussetzungen müssten wir diese Motion abschreiben. Der kantonale Richtplan im Bereich Energie ist momentan in der Überarbeitung, was eine neue Ausgangslage schafft. Hoffentlich haben wir dort zukünftig die planungsrechtlichen Grundlagen. Mit der Fristverlängerung können wir darauf warten und uns damit abstimmen. Davon abgesehen ist die Festlegung der Standorte eine komplexe Aufgabe. Wir benötigen grosse Flächen, was andere Nutzungsbedürfnisse tangiert. Darum ist es wichtig, dass wir die Ergebnisse laufender Arbeiten miteinbeziehen können. Bald kommt die Totalrevision der kommunalen Energieplanung, die mögliche Standorte der Wärmespeicher eingrenzt und einen verfeinerten Zeitplan für den Ausbau der Fernwärmenetze enthält. Zudem erhalten wir Zeit für eine vertiefte Machbarkeitsprüfung der Standorte. Diese 12 Monate werden wir bestmöglich für zukunftsfähige Lösungen nutzen.

Weitere Wortmeldungen:

Jürg Rauser (Grüne): Das Abwarten der Revision des kantonalen Richtplans ist sinnvoll. Je nach gewählter technischer Lösung ist der Flächenbedarf gigantisch. Ihr schreibt 50 000 Kubik- und 15 000 Quadratmetern, was viel ist. Hoffentlich wartet ihr nicht nur auf den Kanton, sondern nehmt die internen Abklärungen auf städtischer Seite vor, um sofort bereit zu sein, um weiterzuarbeiten. Wir sind mit der Fristerstreckung einverstanden.

Johann Widmer (SVP): Die Motion finden wir sowieso nicht gut. Das Elektrizitätswerk (ewz) soll seine Arbeit machen und ein sinnvolles Konzept erarbeiten können, ohne dass es Zwängereien gibt. Darum stimmen wir der Fristerstreckung zu.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 17. Januar 2024 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/41, von Jürg Rauser und Matthias Probst (beide Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilen Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte wird um zwölf Monate bis zum 17. Januar 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

5309. 2025/196

Weisung vom 21.05.2025:

**Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme
Geschäftsbericht 2024**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Roland Hurschler (Grüne): Die Stiftung Einfach Wohnen (SEW) feierte im Berichtsjahr 2024 ihr zehnjähriges Bestehen. Gleichzeitig hat sie den grössten Meilenstein seit ihrer Gründung erreicht: Auf dem Guggachareal konnte sie ihre erste selbst geplante und realisierte Siedlung Hofwiesenstrasse fertigstellen und beziehen. Das Projekt stand im Jahr 2024 im Zentrum ihrer Aktivitäten. Die Siedlung Hofwiesenstrasse zeigt erstmals exemplarisch, welche Ziele die SEW unter dem Begriff «Einfach Wohnen» verfolgt. Die Funktionalität dominiert: Alles Unnötige wurde weggelassen, um Kosten zu reduzieren und Energie, Fläche und Ressourcen zu sparen. Das bedeutet nicht, dass die Wohnungen hässlich oder langweilig wären. Schlichte Materialien treffen auf mutige Akzente. Die SEW verfolgt auf dem Guggachareal ein ganzheitliches Wohnkonzept. Wichtig sind sowohl das soziale Miteinander als auch die Ökologie. Die Gemeinschafts- und Begegnungsräume im Aussenbereich sind zentral. Den Bewohnern gefällt das dortige Wohnen gut, wie diverse Mieterporträts im Jahresbericht belegen. In der Kommission waren besonders die ehrgeizigen Belegungsziele Thema. Die Formel «Personenzahl gleich Zimmerzahl» wurde nicht ganz erreicht. Die Fragen der Kommission zu den Gründen dazu wurden plausibel beantwortet, genauso wie detaillierte Fragen zum Ausschreibungsverfahren der Wohnungen. Die SEW legte dar, dass sie keinen Aufwand gescheut hatte, um die Eintrittsschwelle für Bewerbungen möglichst tief zu halten. Die Zuteilungen wurden gemäss Vermietungsreglement und -konzept priorisiert. Nebst den Belegungszielen wurden ältere Menschen aus dem Quartier priorisiert, um ihrer Verdrängung vorzubeugen. Weiter wurde eine ausgewogene soziale und herkunftsmässige Durchmischung angestrebt. Auch die Fragen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur neuen Siedlung wurden sorgfältig beantwortet, besonders die zu den Einkommens- und Belegungskontrollen. Die GPK hat sich mit der strategischen Weiterentwicklung der SEW und der

Konkretisierung der Stiftungsziele beschäftigt. Die Kommission nahm erfreut zur Kenntnis, dass die SEW bei diversen neuen Projekten mit anderen städtischen Wohnbaustiftungen kooperiert. Damit findet ein Wissenstransfer zwischen den unterschiedlich spezialisierten städtischen Wohnbaustiftungen statt. Mit der Siedlung auf dem Guggachareal hat die Stiftung ihre eigenen Ansprüche als Impulsgeberin für Kosteneffizienz und nachhaltiges Bauen vorbildlich erfüllt. Die Baukosten beliefen sich auf insgesamt nur 50 Millionen Franken. Der Flächenverbrauch in der Siedlung liegt mit 28 Quadratmetern pro Person weit unter dem Durchschnitt des Quartiers und der Stadt. Die Mieten bewegen sich auf zahlbarem Niveau. Die Stiftung ist wirtschaftlich und personell solide aufgestellt. Im Jahr 2024 hat sie einen Jahresgewinn von 770 000 Franken erzielt. Die vom Gemeinderat im November 2024 bewilligte Aufstockung des Stiftungskapitals um 50 Millionen Franken erweitert den Handlungsspielraum der SEW entscheidend. Es sind weitere 160 Wohnungen in Planung. Im Namen der GPK danke ich der SEW für ihr grosses Engagement bei der Erstellung von ökologischem, attraktivem und kostengünstigem Wohnraum in Zürich. Die Mehrheit der GPK empfiehlt die Annahme des Berichts.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Samuel Balsiger (SVP): *Sie wollen ökologisch, günstig und einfach bauen. Diese drei Worte widersprechen sich. Je höher der ökologische Standard gesetzt wird, umso komplexer und teurer wird eine Sache. In Zürich haben wir mit den explodierenden Mieten aufgrund der masslosen Zuwanderung ein grundsätzliches Problem. Das ist ein Problem, das Bundesbern lösen muss und daher bringt es nichts, hier zig Millionen Franken auszugeben, damit wenige Glückliche auf Kosten der Allgemeinheit leben können.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5310. 2025/197

Weisung vom 21.05.2025:

**Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien,
Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Karin Weyermann (Die Mitte): Im Jahr 2024 feierte die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien ihr hundertjähriges Jubiläum. Die Stiftung wächst und hat einige Projekte am Start. Der Wachstumskurs ist generell gross. Die zusätzlichen 39 Prozent führen zu zusätzlichen notwendigen Ressourcen. Die Stiftung ist also gefordert. Dieses Jahr wurde zudem eine neue Geschäftsführung eingesetzt. Die Stiftung wollte wegen ihres Jubiläums Infrastrukturgeschenke machen, um die Begegnungsmöglichkeiten zu fördern. Dafür führte sie unter den Bewohnenden eine Umfrage durch, doch die Rücklaufquote war sehr klein. Sie meinten dazu, dass ein einheitliches Geschenk zielführender gewesen wäre. Im Nachgang eruierten sie, wie sie ihre Bewohnenden besser erreichen können. Die Stiftung ist also selbstkritisch und lernfähig. In allen sechs Siedlungen wurden Jubiläumsfeste durchgeführt, die gut besucht waren. Im Herbst wurde eine Veranstaltung für Partnerinnen und Partner durchgeführt. Den Bericht nahm die Kommissionsmehrheit insgesamt positiv auf und empfiehlt, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Kommmissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Samuel Balsiger (SVP): Es wäre schön, wenn die Stiftung für kinderreiche Familien ohne Staat funktionieren würde. Es sollten vor allem assimilierte Familien unterstützt werden, doch es werden hauptsächlich ausländische Familien finanziert. Das steuerbare Einkommen dieser Familien liegt im Durchschnitt bei knapp 34 000 Franken, also etwa 2800 Franken monatlich. Als Sans-Papiers haben sie nicht unbedingt ein Menschenrecht, in einer der reichsten und teuersten Städte der Welt zu leben. Dass Familienstrukturen finanziert werden, die nicht fähig sind, ihr Leben selbst zu unterhalten, lehnen wir ab. Hier wird Geld verschwendet, um die eigene Klientel abzuholen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Karin Weyermann (Die Mitte); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Karin Weyermann (Die Mitte); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5311. 2025/252

Weisung vom 25.06.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hans Asper, Umbau und Hitzeminderungs-massnahmen, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für den Umbau und Hitzeminderungs-massnahmen in der Schulanlage Hans Asper wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 940 000.– gemäss STRB Nr. 3127/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 580 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 520 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbau-preise).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Urs Riklin (Grüne): *Mit dem Kreditantrag sollen Umbau-, kleinere Sanierungs- und Hitzeminderungsmassnahmen an der Schulanlage Hans Asper ergriffen werden. Die Grüne-Fraktion unterstützt jegliche Hitzeminderungsmassnahmen. Die Kommission empfiehlt einstimmig, der Weisung zuzustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Die ungewöhnliche Einstimmigkeit in der Kommission ist dadurch begründet, dass die SVP in der Enthaltung war. Mittlerweile haben wir in die Ablehnung gewechselt, da wir uns mit den Gründen der Kostensteigerung schwertun. Diese stammt daher, dass man ein Pilotprojekt durchführte und damit grosse Vergabemisserfolge hatte. Es wurde niemand gefunden, der mit der gewünschten Bauart umgehen kann. Die angestrebten «Reuse»-Materialien machen die Sache komplex und es gibt keine Büros, die damit Erfahrung haben. Anstatt zu akzeptieren, dass diese Lösung zum vorgesehenen Preis nicht machbar ist, spricht man nun mehr Geld. Manchmal müsste man akzeptieren, dass es für Projekte zu wenig Erfahrungswerte gibt.*

Liv Mahrer (SP): *Die SP wechselt von der Enthaltung in die Annahme.*

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Sabine Koch (FDP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Patrick Stählin (GLP) i. V. von Christine Huber (GLP)
Enthaltung:	Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Liv Mahrer (SP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Isabel Garcia (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Umbau und Hitzeminderungsmassnahmen in der Schulanlage Hans Asper wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 940 000.– gemäss STRB Nr. 3127/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 580 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 520 000.– (Preisstand 1. April 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Januar 2026)

5312. 2025/253

Weisung vom 25.06.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bullinger, Erweiterung, Projektierung, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Projektierung der Erweiterung der Schulanlage Bullinger werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 200 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Urs Riklin (Grüne): *Das Schulhaus Bullinger soll den vorgesehenen Kredit erhalten, um die im Jahr 1963 erstellte Schulanlage zu sanieren und durch eine Aufstockung um 12 Schulklassen zu erweitern. Die Kommission empfiehlt Annahme mit einer Enthaltung.*

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): *Dieses Mal stimmt die Kommission tatsächlich einstimmig zu.*

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Enthaltung:	Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Projektierung der Erweiterung der Schulanlage Bullinger werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 200 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Januar 2026)

5313. 2025/215

Weisung vom 04.06.2025:

Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024 werden genehmigt (Beilagen).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat:

Michael Schmid (FDP): *Die Kommission beantragt die Genehmigung der Berichterstattung einstimmig. Das Forensische Institut Zürich (FOR) handelt gemäss aktuellem Leistungsauftrag 2022–2025, der vom Regierungs- und Stadtrat beschlossen wurde. Dem Jahresbericht kann man entnehmen, dass das FOR erstklassige kriminaltechnische Leistungen erbringt und am Puls der wissenschaftlichen Entwicklung bleibt. International ist es hervorragend vernetzt und leistet Beiträge zu Fortschritten auf diesem Gebiet.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Michael Schmid (FDP); Roland Hurschler (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2024 werden genehmigt (Beilagen).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. November 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5314. 2025/436

**Dringliches Postulat von Guy Krayenbühl (GLP), Marco Denoth (SP), Roger Meier (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025:
Ferien- und Sportzentrum Hoch-Ybrig AG, Verzicht auf einen Verkauf der Beteiligung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Guy Krayenbühl (GLP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5170/2025): *Das Management unserer Beteiligungen ist sicher keine einfache Aufgabe für den Stadtrat. Teilweise werden Kleinstbeteiligungen verkauft, da an ihnen kein Interesse mehr besteht. Nun haben wir herausgefunden, dass der Stadtrat unsere Beteiligung an der Hoch-Ybrig AG verkaufen möchte oder bereits verkauft hat. Das finden wir persönlich sehr schade. Mit 5 Prozentanteilen war es keine Kleinstbeteiligung. Der Stadtrat muss bei diesen Beteiligungen auch schauen, ob sie eine emotionale Bindung tragen. Beim Hoch-Ybrig ist das der Fall, da die Skitage der Zürcher Schulen oft dort stattfinden und der Gemeinderat dort seine Skirennen abhält. Wir haben das Postulat am 24. September 2025 eingereicht. Der Stadtrat hätte ahnen können, dass das Postulat durchkommt. Die Verhandlungen dann weiterzuführen und zum Abschluss zu bringen, ist eine*

Missachtung des politischen Willens. Das ist nicht chic. Falls der Stadtrat das Geschäft nicht rückgängig machen kann, soll er zukünftig mehr Feingefühl anwenden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die lokalpatriotischen Dimensionen dieses Geschäfts habe ich als ursprünglicher Luzerner in der Tat nicht realisiert. Der Verkauf wurde vor 8 Tagen vollzogen. Dass der politische Wille des Gemeinderats hier missachtet wurde, ist mir eingefahren. Das riesige Geschäft der Beteiligungen soll sauber abgewickelt und bereinigt werden. Im Januar 2020 haben wir die Geschäfts- und die Rechnungsprüfungskommission über unsere Vorhaben zum Beteiligungsmanagement informiert. Dort habe ich erwähnt, dass wir einige Beteiligungen abstossen werden. Im Februar 2025 hat der Stadtrat diese Liste beschlossen. Später wurde eine Aktualisierung der städtischen Vertretungen bei Drittinstitutionen für die jetzige Amtsdauer veröffentlicht. Ab diesem Moment wurde verhandelt und im Juli 2025 ein zufriedenstellender Preis erreicht. Die Gemeinde und der Hauptaktionär wurden kontaktiert. Letzterer war bereit, das Gesamtpaket zu übernehmen. Daher war für uns klar, dass das Geschäft vonstatten gehen wird. Das erwähnte ich am 12. September 2025 am Brückenschlag. 12 Tage später ging das Postulat ein. Wir nahmen das sehr ernst und haben uns mit dem Direktor der Finanzverwaltung beraten, kamen aber zum Schluss, dass das Anliegen bei uns bleibt. Streng genommen hätte ich das Postulat entgegennehmen und abwarten sollen, doch bis dieses behandelt worden wäre, hätte es eine Weile gedauert. Ob der Käufer so lange hätte warten wollen, ist eine andere Frage. Zudem liegt das Anliegen in der Kompetenz des Stadtrats. Kurz darauf wurde der Vertrag unterzeichnet und das Geld überwiesen. Das lief alles nicht optimal. Ich habe hinzugelernt, dass das öffentliche Interesse abzuwägen ist. Man könnte sich aber auch fragen, ob man bei der Therme Baden oder beim Verkehrshaus Beteiligungen erwerben müsste, da diese oft von Stadtzürchern besucht werden. Die Verhandlungen nach vielen Monaten zu stoppen, nachdem die Beteiligung am Hoch-Ybrig sehr lange kein Thema war, fand ich nicht sinnvoll. Das Postulats kann ich nicht mehr prüfen, da die Sache vollzogen ist. Von den Diskussionen nehme ich einiges mit. Mea culpa.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Meier (FDP): *Der Verkauf ist über die Bühne. Das ist schade, aber nicht mehr zu ändern. Die Stadt vergibt eine Chance, als Aktionärin Einfluss auf das geographisch nächste Skigebiet zu nehmen. Es hätte ökologisch eine gewisse Bedeutung gehabt, das Skigebiet zu erhalten, damit die Leute nicht weiter als nötig reisen. Nebst dem Verkauf haben wir uns an einer anderen Sache gestört – am verklausulierten Votum von STR Daniel Leupi in der letzten Gemeinderatssitzung. Was heisst es, wenn «die Tinte schon fast getrocknet ist»? Kann man im Rat nicht Klartext reden, woran wir sind? Der Vertrag ist entweder unterschrieben oder nicht. Das Abschlussdatum kann man erwähnen. Zudem ist ein Vertrag entweder vollzogen oder nicht. Das bedeutet, dass Aktien entweder noch bei der Stadt oder schon beim Käufer sind. Der Aktienübergang ist entweder schon vom Verwaltungsrat genehmigt oder nicht. Das ist alles schwarz oder weiss und klar benennbar. An dieser Undurchsichtigkeit haben wir uns massiv gestört. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass der Stadtrat Lehren daraus gezogen hat und lassen es dabei bewenden.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die Stadt hat diese Beteiligung seit fast 60 Jahren. Warum der Verkauf so dringend notwendig war, dass man den demokratischen Prozess nicht abwarten konnte, ist nicht nachvollziehbar. STR Daniel Leupi wollte sich gerade mit Sympathie herauswinden. Er meinte, dass er Lehren aus der Sache gezogen hätte, doch welche? In Bezug auf andere Themen sieht man immer wieder, dass Entscheidungen dem demokratischen Prozess vorweggenommen werden. Der Stadtrat steht nicht über der Demokratie. Das Parlament vertritt das Volk und beaufsichtigt den Stadtrat. Wenn er Geschäfte*

in Abwicklung bringt, die wir nicht möchten, dann ist es ein demokratisches Unding so zu tun, als wäre nichts. Da sehe ich kein Lernen und keinen Respekt vor der Demokratie.

Sophie Blaser (AL): *An einem Skigebiet brauchen wir keine Beteiligungen, nur damit der Gemeinderat seine Skirennen durchführen kann. Das ist der Bevölkerung der Stadt schlicht egal. Es gibt genug Geschäfte auf der Tagliste, die das Leben dieser Stadt tatsächlich verbessern können. Wem dieses Skigebiet gehört, gehört nicht zu diesen Themen. Der Antrag ist scheinheilig und wir werden ihn nicht unterstützen.*

Simon Kälin-Werth (Grüne): *Die Grüne-Fraktion unterstützt das Geschäft mit der Ausnahme von zwei Personen – eine dieser bin ich. Hierfür gibt es zwei Aspekte. Zum einen gibt es das Ordnungspolitische, wofür ich unseren Finanzvorstand für die gute Auslegung der Beteiligungen loben möchte. Zum andern war ich persönlich betroffen, dass gerade die erste verkaufte Beteiligung das Skigebiet Hoch-Ybrig ist. Die Stadt hat dort historisch gesehen eine wichtige Rolle gespielt. Es wurde als ein Projekt zur Gesundheitsförderung der Zürcher Stadtbevölkerung entwickelt. Man wollte in der Nähe der Stadt ein Erholungsgebiet schaffen. Das war ein grossartiges Zukunftsprojekt, das von unserem damaligen Stadtpräsidenten Sigmund Widmer initiiert wurde. Dass man hier so geschichtsvergessen sein kann, überrascht und betrübt mich. Es ist wichtig, sich Pionierleistungen von vorgehenden Politikmachenden zu erinnern. Ein Naherholungsgebiet ist gerade in Zusammenhang mit dem Klimaschutz etwas Bedeutsames.*

Marco Denoth (SP): *Mit einer Beteiligung kann man strategischen Einfluss nehmen, bspw. auf die Personalrechte oder die Umwelt. Ein Naherholungsgebiet ist ein Anliegen unserer Bevölkerung. STR Daniel Leupi meinte, es sei blöd gelaufen. Die Ausführungen waren widersprüchlich und verklausuliert. Mea culpa bringt da nichts, da man sich bei der Einreichung des Postulats die Gedanken hätte machen können. Dann müsste man sich nicht vor dem Parlament entschuldigen, denn das war ein Affront.*

Michael Schmid (FDP): *Gewisse Erläuterungen von STR Daniel Leupi habe ich geschätzt, andere Aussagen müssen kommentiert werden. Die Versuche, eine humoristische Note in die Sache zu bringen und den Hoch-Ybrig mit der Therme Baden zu vergleichen, sind nicht gelungen. Simon Kälin-Werth (Grüne) hat aufgezeigt, wieso mit dem Hoch-Ybrig eine langjährige Verbundenheit besteht und wo die Unterschiede zu anderen Institutionen liegen. Zudem war es wirklich keine Kleinstbeteiligung. 5 Prozente sind genehmigungspflichtig. Das Argument, dass es nie Anlass zu einer Debatte gegeben hätte, ist ebenfalls nicht ausschlaggebend. Die darauffolgende Transparenz schätze ich aber.*

Guy Krayenbühl (GLP) zieht das Postulat zurück: *Der Stadtrat hat nicht ganz zugehört. Hoffentlich müssen wir so etwas nicht mehr erleben und STR Daniel Leupi hat seine Lehren gezogen. Um das Postulat nicht in zwei Jahren abzuschreiben, ziehen wir es zurück.*

Mitteilung an den Stadtrat

5315. 2025/403

Dringliches Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 10.09.2025:

Strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/403 und 2025/404

Reto Brüesch (SVP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2025/403 (vergleiche Beschluss-Nr. 5070/2025): Manchmal entscheidet die Politik nicht über Millionenbeträge oder Paragraphen, sondern über Menschen. Darum sprechen wir heute über 40 junge Personen, die voller Hoffnung eine Lehrstelle begonnen und jetzt Angst haben, dass sie ihre Lehre nicht beenden können. Wir sprechen über das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ). Es ist keine gewöhnliche Schreinerei, sondern eine gemeinnützige Ausbildungsstätte für Jugendliche, die vielleicht sonst keine Chance bekommen hätten. Hier lernen sie das Handwerk, Präzision, Geduld und Berufsstolz. Das SAZ steht für etwas, das in Zürich oft zu kurz kommt: Handwerkliche Bildung mit Herz und Bodenständigkeit. Die traditionelle Ausbildungsstätte, gegründet im Jahr 1888, ist seit dem Jahr 2017 eine eigenständige Genossenschaft. Die Stadt Zürich hat die Lehrwerkstatt bereits einmal mitgetragen und profitiert bis heute davon, dass es gut ausgebildete Schreiner in Zürich gibt. Wir tragen nicht nur eine politische, sondern auch eine historische und moralische Verantwortung für das SAZ. Bereits in den ersten Jahren als eigenständige Ausbildungsstätte kam die Coronakrise und brachte finanzielle Schwierigkeiten mit sich. Im Jahr 2022 haben der Gemeinde- und Kantonsrat erkannt, dass das SAZ Unterstützung braucht und eine einmalige Hilfe gesprochen. Das rettete den Betrieb, doch es konnten nicht alle Wunden geheilt werden. Heute ist das SAZ wieder in Not – nicht, weil schlecht gearbeitet wurde, sondern weil strukturelle Probleme nie ganz gelöst wurden. Steigende Mieten, teure Maschinen, fehlende Beiträge aus der Branche oder zu wenige Aufträge – das sind nur einige Punkte. Nun steht das SAZ kurz vor dem Konkurs. Die Konsequenzen treffen nicht nur den Betrieb, sondern auch 40 Lernende, die mitten in der Ausbildung stehen und 10 Mitarbeitende, die seit Jahren ihr Wissen weitergeben. Für die Stadt würde der Konkurs des Betriebs zu ausbleibenden Mieteinnahmen führen, da er sich in einer städtischen Liegenschaft befindet. Wie wollen wir den Lehrlingen erklären, dass wir kein Geld für sie haben, aber gleichzeitig jährlich 160 Millionen Franken für Subventionen, Mietminderungen und Sponsoring für Kultur- und Kunstschaaffende ausgeben? Uns mit der unklaren Zuständigkeit herauszureden, dürfen wir uns nicht leisten. Sie müssen es uns wert sein. Das Postulat verlangt keinen Freipass und stellt keinen Blankocheck aus. Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, endlich eine nachhaltige Lösung für das SAZ mitzutragen. Die Stadt soll eruieren, welche Rolle sie künftig für die Berufsbildung übernehmen kann, unter Umständen auch mit finanzieller Hilfe, wenn Reorganisationsmassnahmen funktionieren. Der Fachkräftemangel ist real. Hier beim SAZ können wir konkret handeln und zeigen, dass uns die handwerkliche Bildung genauso wichtig wie die akademische ist. Jeder Schüler und jede Schülerin, der oder die eine Lehre abschliesst, ist ein Gewinn für die Stadt. Handeln wir nicht, verlieren wir nicht nur die Lehrstellen, sondern auch das Vertrauen der jungen Leute, dass die Politik für sie da ist, wenn es darauf ankommt. Heute entscheiden wir nicht nur über Beträge, sondern auch über 40 Lebenswege.

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2025/404 (vergleiche Beschluss-Nr. 5071/2025): Das duale Schweizer Bildungssystem wird gerne von links bis rechts hochgelobt – trotz der prekären Arbeitsbedingungen, die wir immer wieder thematisieren. Der vorliegende Fall des SAZ zeigt klar die Grenzen des Systems, die über die Arbeitsbedingungen der Lernenden hinausgehen. Die Unabhängigkeit des SAZ war finanziell anspruchsvoll. Es liegt auf der Hand, dass das Generieren von Aufträgen für einen Ausbildungsbetrieb schwieriger ist. Während der Fachkräftemangel im Schreinergewerbe akut ist, können es sich die privaten Schreinereien gleichzeitig nicht leisten, mehr Lernende auszubilden. Das SAZ leistet mit diesen 40 Lehrstellen einen zentralen Beitrag, um die Problematik anzugehen. Gleichzeitig hat es grosse Probleme, sich finanziell über Wasser zu behalten. Das duale Bildungssystem, woran sich die Privaten eigentlich markant beteiligen sollten, muss durch staatliche Intervention gerettet werden.

Bereits im Budget 2023 hat der Gemeinderat durch einen Antrag der AL 100 000 Franken für eine Neuausrichtung gesprochen. Für die Überwindung der systemischen Hürden des SAZ hat das offensichtlich nicht gereicht. Mit unserem Postulat wollen wir den Stadtrat auffordern, sich zu überlegen, wie man das systemische Problem langfristig lösen kann. Wie das genau aussehen soll, lassen wir bewusst offen. Dass wir alle paar Jahre über zusätzliche Beiträge sprechen, ist keine sinnvolle Lösung. Trotzdem sehen wir verschiedene Möglichkeiten. Die Stadt könnte als Mediatorin mit den Verbänden über finanzielle Beiträge sprechen. Eine Wiedereingliederung in die städtische Verwaltung ist genauso prüfenswert wie eine Rückkehr zum Modell, dass das SAZ Aufträge der Stadt ausführt. Das wäre auch aus der Klimaperspektive sinnvoll, da die Lieferketten minimal sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Goltz: *Vieles des Gesagten kann ich nachvollziehen und unterstützen. Trotzdem kommt der Stadtrat zum Schluss, dass wir Ihnen die Ablehnung der Postulate empfehlen. Es ist die Frage, ob es um kurz- oder langfristige Finanzierung geht. Diese Diskussion hatten wir bereits bei der ersten Finanzierungstranche im Rat, bei der sowohl wir als auch der Kanton Geld zur Verfügung gestellt haben. Da war klar, dass es eine einmalige Finanzierung sein soll und die Organisation auf eigenen Beinen stehen muss. Der Stadtrat befürchtet, dass am Ende erwartet wird, dass wir uns dauerhaft mit einem ordentlichen Betrag beteiligen. Dafür fehlt uns die rechtliche Grundlage, da es nicht die Aufgabe der Gemeinde ist, eine private Organisation in diesem Bereich zu finanzieren. Zudem müssen wir uns bewusst sein, dass wir uns in einen Bereich bewegen, wo andere Organisationen oder Trägerschaften von Lehrverhältnissen auf uns zukommen könnten, wenn sie Schwierigkeiten haben. Da die Grenze zu ziehen, stelle ich mir sehr schwierig vor. Moritz Bögli (AL) hat das Postulat sehr weit interpretiert. Diese Fragestellungen können wir in der kurzen Zeit, in der das SAZ finanzielle Unterstützung bräuchte, kaum beantworten. Wir möchten betonen, dass wir selbstverständlich Unterstützung für Anschlusslösungen anbieten, wenn es tatsächlich zum Konkurs und zur Beendigung der Lehrverhältnisse käme. In Zusammenarbeit mit anderen Ämtern können wir das auf jeden Fall klären. Es tut mir leid, aber wir sehen die Perspektive des Postulats nicht.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Merki (GLP): *Vor 30 Jahren habe ich in dieser Institution meine Lehre gemacht. Es hat sich eine breite Unterstützung gezeigt, als bekannt wurde, dass sich der Betrieb nicht mehr halten kann. Für das Engagement für diese Institution danke ich allen. Hoffentlich können wir dem Stadtrat heute das Zeichen geben, dass wir sie erhalten müssen. Aus Sicht der Grünliberalen hätten wir gerne einen symbiotischen Vorstoss diskutiert. Bei beiden Vorstössen sehen wir kritische Punkte, die wir nicht so umgesetzt haben wollen. Die SVP fordert, dass die Institution nach der jetzigen Unterstützung selbsttragend agieren soll. In Anbetracht des Fakts, dass es 40 Lernende mit zwei ausbildenden Fachkräften in der Produktion sind, ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Der Idee der AL, dass man im Prinzip zurück zum Staat soll, kann ich wenig abgewinnen. Aus dem Gewerbe kam, als der Betrieb noch staatlich war, der Vorwurf, dass die Ausgelernten keinen wirtschaftlichen Druck kennen und nicht wissen, wie es auf dem Markt zu und her geht. Es müsste das Positive von beiden Vorstössen umgesetzt werden können. Es stellt sich die Frage, wie man dem SAZ jetzt helfen kann. Nur schon den Mietzins zu übernehmen, würde sicher helfen. Wenn das SAZ Konkurs geht, wird eine alte städtische Liegenschaft frei, für deren Sanierung und Umnutzung ein zweistelliger Millionenbetrag eingesetzt werden muss. Mit demselben Betrag könnten wir das SAZ 40 bis 50 Jahre lang unterstützen. Der Stadtrat muss sich fragen, was man verlieren und gewinnen kann. Dass es keine rechtliche Grundlage gebe, das SAZ zu unterstützen, ist zu kurz gegriffen. Bei anderen Institutionen hat der Stadtrat keine Probleme damit, das Portemonnaie aufzutun*

und die Rechtslage grosszügig auszulegen. Damit will ich nicht zur Rechtsbrechung aufordern, aber es gäbe bspw. Möglichkeiten in Form von Ausbildungszulagen. Auch wenn die GLP zu beiden Vorstössen Kritikpunkte hat, unterstützt sie sie vorbehaltlos, damit wir gegenüber dem Stadtrat als Gemeinderat mit möglichst grosser Mehrheit ein starkes Zeichen setzen – damit das SAZ auch in den nächsten 100 Jahren überleben kann.

Pascal Lamprecht (SP): Die SP unterstützt beide Postulate. Zürich ist ein starker Wirtschaftsstandort, besonders wegen der guten Rahmenbedingungen und der Bildung. Hierzu gehört das SAZ. Die Unterstützung der beiden Postulate ist sinnvoll und notwendig. Der Fachkräftenachwuchs soll gesichert werden, da gut ausgebildete Lehrlinge die lokale Wirtschaft stärken. Das SAZ leistet als tragende Säule in unserem dualen Bildungssystem einen Beitrag zur Förderung der Berufslehre. Es bietet Jugendlichen Zugang zu einer beruflichen Perspektive, nicht nur in Zusammenhang mit sozialer Integration, sondern gerade auch, weil ein guter Wissenstransfer der Handwerkskunst stattfindet. Die Lösungen anderer Ausbildungsstätten, die zum Teil vor ähnlichen Problemen standen, waren die Zentralisierung von Lehrbetrieben oder die finanzielle Unterstützung der Berufsverbände. Wir brauchen gewisse Rahmenbedingungen wie eine transparente Finanzierungs- und Zukunftsstrategie, da nicht immer wieder Geld nachgesprochen werden kann. Zum anderen braucht es auch einen Appell an den Schreinermeisterverband.

Urs Riklin (Grüne): Die berufliche Grundbildung ist ein wichtiger Pfeiler im dualen Bildungssystem und ein höchst integrativer Faktor, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich. Darum möchte ich allen Betrieben, die Jugendliche ausbilden und den Wert einer guten Ausbildung in den Vordergrund stellen, danken. Die Stärkung der beruflichen Grundbildung ist sehr wichtig. Hierzu könnte die Finanzierung von Weiterbildungsmöglichkeiten gehören oder man könnte die effektive Durchlässigkeit des dualen Systems überdenken. Das können wir aber nicht im Gemeinderat behandeln. Die Organisationen der Arbeitswelt (ODA) reden gerne bei der beruflichen Schulbildung mit und möchten eine starke Rolle spielen. Da der Gemeinderat im Gegensatz dazu keine Rolle spielen kann, sind die beiden Vorstösse unpässlich. Darum möchten wir an den Schreinerverband appellieren, der fand, dass das SAZ ihn finanziell nicht betreffe. Das möchte ich in Frage stellen. Das SAZ ist eine überbetriebliche Ausbildungsstätte, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken kann. Darum ist das Postulat der SVP sinnvoll, da es verlangt, mit diesen Kreisen eine Lösung zu suchen. Die Stadt könnte ein gewisses Auftragsvolumen generieren, da wir viel mit Holz bauen. Es ist verwirrend, dass die SVP den Staat so klein wie möglich behalten möchte, dann aber sofort staatliche Intervention fordert, sobald das Gewerbe hüstelt. Das Wichtige ist, dass die Jugendlichen nicht aus dem Bildungssystem fallen. Darum unterstützen wir beide Postulate.

Patrik Brunner (FDP): Ich habe eine Detailhandelslehre gemacht. Im zweiten Lehrjahr musste mein Lehrgeschäft aufgeben und allen Angestellten künden. Die Manager haben versagt und schlecht gewirtschaftet. Daraufhin war ich vier Monate arbeitslos und habe erst dann eine andere Lösung gefunden. Die vom Kanton vermittelte Stelle entsprach nicht meiner Vorstellung. Ich habe daher grosse Empathie mit den Lehrlingen. Sie verlieren doppelt: Sie verlieren die Lehrstelle, wurden aber auch von ihrer Geschäftsleitung betrogen. Was wir heute diskutieren, war nicht überraschend oder Zufall, sondern kam mit Ansage. Es wird darauf hinauslaufen, dass die Stadt den Betrieb 130 Jahre weiterfinanzieren wird. Eine Person in leitender Position hat nach den ersten 100 000 Franken behauptet, sie hätten sich bereits von der finanziellen Unterstützung gelöst und unzählige Massnahmen ergriffen. So hat sich die FDP weichkochen lassen. Nun sind wir wieder in der Situation, dass gebettelt und probiert wird, mit den Lehrlingen Herzen weichzucken, anstatt das eigene Missmanagement einzugestehen. Was wir heute beschliessen werden, ist ein Affront an alle Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Das Lehrlingssystem in der Schweiz ist einzigartig und ein Riesengarant für unseren Erfolg. Weltweit beneidet

man uns darum. Dass junge Akademiker, die nie eine Lehre gemacht haben und daher nicht wissen, wie das System funktioniert, es nun so stark kritisieren und systemische Fehler zu benennen versuchen, ist ein riesiger Affront. Extrem viele Betriebe und Lehrlinge machen einen guten Job und werden von hoch motivierten Berufsschullehrern ausgebildet. Das System ist mit vielen Playern austariert. Die FDP lehnt beide Postulate ab.

Persönliche Erklärung:

Lisa Diggelmann (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Einhaltung der Redezeit und zu einem respektvollen Umgang.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Unser duales Bildungssystem ist tatsächlich sehr gut und bestens austariert. Doch 40 Lehrstellen woanders unterzubringen, ist nicht einfach. Das SAZ macht einen super Job und bildet Lehrlinge in einem enorm wichtigen Beruf aus. Wieso man nicht nach einer Lösung suchen möchte, um die Stellen zu retten, verstehen wir nicht. Fehler wurden gemacht und wir sehen das Argument des Stadtrats, dass man eine erste Chance gegeben hat, die nicht genutzt wurde. Doch alle haben eine zweite Chance verdient. Die Die Mitte/EVP wird beide Vorstösse unterstützen, auch wenn wir das SAZ nicht verstaatlichen wollen. Mit den richtigen Rahmenbedingungen, Motivation aus der Privatwirtschaft, dem SAZ und Schreinerverband wird sich eine Lösung finden.*

Reto Brüesch (SVP): *Die SVP unterstützt auch das Postulat der AL. Das SAZ ist ein grosser Betrieb und kann daher Lehrlinge ausbilden, was bei weniger grossen Klein- und mittleren Unternehmen (KMU) teilweise nicht möglich ist. Der Schreinermeisterverband und die anderen Lehrbetriebe bezahlen Geld an den Verband. Ein Teil davon soll an Ausbildungsstätten zurückgehen. STR Raphael Golta meinte, dass die Stadt tätig werde, wenn der Konkurs da sei. Das ist der falsche Ansatz, auch wenn eine Lösung zu finden nicht einfach ist. Das erwarten wir aber von der Verwaltung. Das SAZ ist nicht die einzige Lehrwerkstatt, die die Stadt unterstützt – im Sozialbereich spricht sie jährlich Geld.*

Moritz Bögli (AL): *Das Votum der FDP war komplett quer. Dass die FDP als einzige Partei nicht mitmacht, zeigt, wie verloren sie unterdessen inhaltlich ist. Sie schreit konstant nach mehr Markt, doch seit Jahren findet Marktversagen statt. Die Privaten bieten keine Lehrstellen mehr an, obwohl wir einen riesigen Fachkräftemangel haben. Doch statt wie früher anzuerkennen, dass dies der Fall ist, sind Sie so marktfokussiert, dass Sie die Lehrlinge lieber ins Nirwana schicken. Das ist keine ernsthafte Politik. Darum möchte ich mich zum Ende bei den Lernenden und der Genossenschaft bedanken. Dem Postulat der SVP stimmen wir zu, da wir bei Marktversagen intervenieren müssen.*

Samuel Balsiger (SVP): *STR Raphael Golta meinte, dass keine Rechtsgrundlage vorhanden sei, um diesen Jugendlichen eine Zukunft zu bieten. Auch hier scheint es, als meine der Stadtrat über der Demokratie zu stehen. In einem aktuellen Geschäft befürwortet er trotz entgegenlaufendem Volksentscheid, Stipendien im Wert von 2,1 Millionen Franken an Sans-Papiers zu sprechen. Die Lehrstellen von 40 Lehrlingen möchte er jedoch nicht retten. Von der Unzahl weiterer Subventionen im Kunst- und Kulturbereich wollen wir nicht sprechen. Die 40 Lehrlinge scheinen im Stadtrat keine Lobby zu haben – damit sendet ihr ihnen das Zeichen, dass sie uns egal sind. So nehmt ihr den Jugendlichen den Glauben, dass wir als Gesellschaft auf sie achten – und das in einem Lebensabschnitt, wo man noch nicht mit Eigenverantwortung argumentieren kann. Ein weiteres Problem ist, dass jeder Lehrbetrieb mit Auflagen vom Staat bedrängt wird.*

Përparim Avdili (FDP): Die Kritik an der Geschäftsleitung des Lehrbetriebs gehört sich, da vieles falsch gelaufen ist. Gegen den Vorwurf des Marktversagens möchte ich mich wehren. Viele meinen, dass der Staat hier zwingend einspringen müsse, doch viele Betriebe engagieren sich über den betriebswirtschaftlichen Nutzen hinaus dafür, Lernende anzustellen und organisieren sich privatwirtschaftlich in Verbänden. Es ist extrem schwierig, die nachhaltige Finanzierung von Lernenden sicherzustellen, doch es ist möglich. Dazu gehört meiner Erfahrung nach auch, dass Unternehmungen in die Pflicht genommen werden, Lehrlinge nach ihrem Abschluss anzustellen. Man kann sich nicht ständig über die Schwierigkeiten des dualen Bildungssystems beschweren und von einem Marktversagen sprechen, wenn man alles mögliche in dieser Stadt tut, um dem Gewerbe das Leben schwer zu machen. **Samuel Balsiger (SVP):** Nur weil man das Geld an einem Ort falsch ausgibt, bedeutet das nicht, dass es am andern Ort richtig ausgegeben ist. Wenn man ein Verständnis für Wirtschaft hat, sagt man überall Nein, wo es nötig ist.

Das Dringliche Postulat wird mit 96 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5316. 2025/404

**Dringliches Postulat von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 10.09.2025:
Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), längerfristige Sicherstellung des Betriebs und der Lehrstellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/403, Beschluss-Nr. 5315/2025

Moritz Bögli (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5071/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5317. 2024/426

**Postulat der AL- und SP-Fraktion vom 11.09.2024:
Massnahmen gegen die Entwicklung zu immer breiteren Personenwagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Schmid (AL) stellt den Ordnungsantrag auf freie Debatte gemäss Art. 190 Abs. 2 GeschO GR.

Dem Ordnungsantrag wird mit 93 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3666/2024): Die Automobilindustrie bewirbt und verkauft immer breitere Fahrzeuge. Während vor 50 Jahren fast jedes Auto problemlos vollständig innerhalb der Parkfelder abgestellt werden konnte, reichen heutzutage viele Fahrzeuge deutlich über die massgebende innere Seite des Markierungsstrichs hinaus. Das verengt die Strassenbreite massgeblich und führt zu einer verminderten Sicherheit für die anderen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere Velofahrende werden in solchen Situationen mit deutlich zu geringem Abstand überholt oder gekreuzt. Zu diesem Sicherheitsproblem kommen ökologische Bedenken hinzu. Breitere Autos korrelieren mit höherem Gewicht, verbrauchen mehr Energie, verursachen mehr Pneuabrieb und nutzen den Strassenbelag stärker als ein kleineres Fahrzeug ab. Darum fordern wir den Stadtrat auf, verschiedene Massnahmen zu prüfen, um im Rahmen seiner Entscheidungskompetenz dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Hierfür haben wir fünf konkrete Ideen: Die Parkplatzbreite soll grundsätzlich durchgesetzt werden. Gemäss Gesetz muss das gesamte Fahrzeuge inklusive Aussenspiegel und Stossstange innerhalb der inneren Seite der Markierung stehen. Dabei können das Verhältnismässigkeitsprinzip und situativ Kulanz angewendet werden. Die stadträtliche Anweisung an die Kontrollorgane ist heute eine andere: Generell soll erst dann gebüsst werden, wenn die Hälfte des Rads über die Aussenmarkierung des Felds hinausragt – sie sollen aber mit Kulanz walten. Diese Dienstanweisung ist nicht nur rechtswidrig, sondern auch ein Sicherheitsproblem – besonders in engen Quartierstrassen. Daher fordern wir, dass sich die Kontrollorgane ans Gesetz halten. Unser Hauptanliegen ist, das gefährliche Kreuzen auf schmalen Quartierstrassen wegen überbreiten parkierten Fahrzeugen zu beheben. Darum postulieren wir auch, dass die Stadt proaktiv über die neue Regelung informieren soll. Zusätzlich könnten sie die Parkplatzbreite mit Zahlen versehen, damit direkt klar ist, dass das Parkfeld für das eigene Auto nicht breit genug ist. Zudem soll das Gesetz auch ausserhalb der Büroöffnungszeiten umgesetzt werden. Momentan patrouillieren die Mitarbeitenden des Kommissariats Ruhender Verkehr nur während Zeiten, in denen Parkgebühren zu bezahlen sind. Besonders in den Stadtkreisen 1 bis 5 besteht von Freitag- bis Samstagabend das Problem, dass nicht nur zu breite Fahrzeuge abgestellt, sondern auch grosszügig ausserhalb der Parkfelder, im Parkverbot usw. parkiert werden. Die Streife der Sicherheitsabteilung reagiert bei Parkvergehen nur in Extremfällen, wenn überhaupt. Der ruhende Verkehr soll auch in den Abendstunden kontrolliert werden. Das Gesetz soll nicht nur bei öffentlichen, sondern auch bei privaten Parkplätzen gelten. Die immer breiter werdenden Fahrzeuge sind nicht nur ein Sicherheitsproblem, wenn sie parkieren – auch beim Fahren brauchen sie mehr Raum, was im engen Stadtbereich zu immer kleineren Abständen zwischen den Fahrzeugen und damit zu einer höheren Unfallgefahr führt. Ungeschützte Teilnehmende am Strassenverkehr sind davon besonders betroffen. Hier kann die Polizei einen Beitrag zur Sicherheit leisten, indem sie Autofahrende mittels Kampagne dazu sensibilisiert, beim Überholen von Velofahrenden den gebotenen und gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsabstand einzuhalten. Zuletzt soll bei mehrspurigen Strassen die innere Spur nur für schmale Autos signalisiert werden. So kann eine schmalere Spur eingezeichnet werden und auf der Seite entsteht mehr Platz für den Velostreifen, ohne die Kapazität für den Autoverkehr zu reduzieren. Nebst der Erhöhung der Verkehrssicherheit machen diese fünf Vorschläge schmalere Autos attraktiver. Momentan macht sich beim Autokauf kaum jemand Gedanken zur Breite des Autos, da die negativen Auswirkungen nicht die Käufer*innen, sondern die anderen Verkehrsteilnehmenden betreffen. Mit unseren Vorschlägen wird vielleicht eher daran gedacht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Das Anliegen des Postulats ist im Hinblick auf die Sicherheit und Umwelt grundsätzlich berechtigt. Die Stadtpolizei setzt Kontrollen im Bereich Ruhender Verkehr bereits konsequent durch. Dabei wird die Verhältnismässigkeit angewandt. Es ist nicht so, dass abends gar keine Kontrollen gemacht würden. Diese werden von anderen

Polizist*innen durchgeführt, doch auch hier geht es um die Verhältnismässigkeit und ob sie die Ressourcen zur Verfügung haben. Die Markierung von schmalen Fahrspuren wäre nur durch eine Änderung der Signalisationsverordnung des Bundes zulässig. Was wir können und dürfen, machen wir bereits. Nebst den Kontrollen und Bussen sind das auch die im Postulat aufgeführten Massnahmen 4 und 5. Bei Strassen mit mehreren Autofahrspuren in eine Richtung wird die linke Spur nach Möglichkeit schmaler markiert. Es werden immer wieder Verkehrskampagnen mit dem Ziel durchgeführt, die Autofahrenden auf den Mindestabstand beim Kreuzen zu sensibilisieren. Im Namen des Stadtrats bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen, da wir den Teil, den wir machen können, schon leisten.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Wir sind unter folgenden vier Bedingungen gesprächsbereit: Erstens, wenn alle Velohalter gebüsst werden, die ihr Velo auf dem Trottoir ohne die vom Bundesgericht vorgeschriebenen 1,5 Meter Platz für andere abstellen. Wenn zweitens sämtliche Fussballkleber und «Tagger» verfolgt und angezeigt werden. Drittens, wenn sämtliche Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrenden gebüsst werden, die ein rotes Lichtsignal missachten. Viertens, wenn sämtliche nicht bewilligten Demonstrationen angehalten und die Teilnehmenden verzeigt werden. Der Blick zum AL-Sprecher zeigt, dass er diese Bedingungen nicht akzeptieren wird. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Markus Knauss (Grüne): Wir unterstützen das Postulat, es adressiert ein wichtiges Thema. Mit der Parkkartenverordnung (PKV) haben wir eine gewisse Differenzierung beim Gewicht vorgenommen, das Problem wird langsam angegangen. Unsere Fraktion wurde nicht mit allen fünf Punkten warm. STR Karin Rykart meinte, dass die Kontrolle ausserhalb der normalen Zeiten bereits stattfindet, aber in meinen Augen unzureichend. Viele Autofahrende foutieren sich darum, richtig zu parkieren. Hier kann man mehr machen. Bei den Velos sind die E-Scooter, die überall unkontrolliert herumstehen, das grösste Problem. Für ein E-Scooter-Verbot bin ich zu haben, wenn Sie Hand bieten. Es ist wichtig, dass sich die Stadt mit breiten und illegal parkierten Autos auseinandersetzt.

Derek Richter (SVP): Die Fahrzeugdimensionen nehmen zu. Das liegt auch daran, dass mit dem Landverkehrsabkommen mit der EU die maximal zulässige Fahrzeugbreite erweitert wurde. Michael Schmid (AL) soll selbst Autos bauen, wenn er möchte, dass sie schmaler werden. Ein Gewerbefahrzeug hat eine Breite von durchschnittlich 2,2 Metern. Die Parkplatzbreiten hinken den Bedürfnissen hinterher. Die Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS-Normen) werden von der Stadt selektiv umgesetzt oder unterschritten. Die Velowege können aber nicht breit genug sein. Die Fahrzeuge werden grundsätzlich immer sicherer. Es gibt immer mehr E-Fahrzeuge, aber die sind aufgrund der technischen Gegebenheiten grösser und haben einen grösseren Pneumabrieb. Es geht euch nur darum, Zürich autofrei zu machen.

Reis Luzhnica (SP): Zu Martina Zürchers (FDP) unverhältnismässigem Angebot muss ich Nein sagen. Das Postulat spricht wichtige Sicherheitsfragen an und ist ein klarer Schritt in Richtung einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Breitere und schwerere Autos belasten unsere Infrastruktur und gefährden zunehmend jene Verkehrsteilnehmenden, die sich umweltfreundlich fortbewegen. In platzbeschränkten Quartieren verstärken solche Fahrzeuge die Konflikte im öffentlichen Raum. Auch im Fahrzeuginnern bieten solche Autos nicht zwingend einen Mehrwert, da nicht unbedingt mehr Platz vorhanden ist. Der öffentliche Raum betrifft uns alle. Deswegen müssen wir verantwortungsvoll mit ihm umgehen. Übergrosse «Sport Utility Vehicles» (SUV) haben nichts mit individueller Freiheit zu tun, sondern schränken mit ihrer Grösse die Freiheit und Sicherheit anderer Personen ein. Auch für das Gewerbe sind die relevanten Lieferwagen eigentlich nicht grösser als normale Fahrzeuge. Der Vorstoss wird von rechter Seite belächelt, da sie der Meinung

ist, dass der Markt die Bedürfnisse der Menschen widerspiegele. Das Kommissariat Ruhender Verkehr könnte die Kontrollen abends übernehmen, damit die Polizei das nicht machen muss, da diese bereits Überstunden hat. Die Massnahmen sind konkret und umsetzbar. Setzen wir ein Zeichen, dass wir eine Stadt für Menschen, nicht Autos, wollen.

Johann Widmer (SVP): Meiner Erfahrung nach haben die Cüpli-Sozialisten die grössten und klobigsten Fahrzeuge. So stehen in meiner Strasse viele Camper auf den Parkfeldern, die nur wenige Male im Jahr bewegt werden. Da so viele Parkplätze gestrichen wurden, stehen abends Fahrzeuge oft ausserhalb der blau markierten Zonen. Dieses Postulat ist gegen eure eigene Klientel gerichtet. Von Sicherheit versteht ihr nichts, denn genau wegen dieser und der EU-Regelungen werden die Fahrzeuge immer breiter.

Sandra Gallizzi (EVP): Punkt 5 fordert, dass Autofahrende mit Kampagnen dafür sensibilisiert werden, beim Überholen und Kreuzen von Fahrrädern einen Minimalabstand zu wahren. Für diesen Punkt habe ich Sympathien. Doch Punkt 4 mit der schmaleren inneren Autofahrspur führt wahrscheinlich dazu, dass sich Autos nicht mehr trauen, einen Lastwagen zu überholen. Daran, wie die Autoindustrie produziert, kann die Stadt nichts ändern. Auf nationaler Ebene müsste eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die verbietet, dass grosse Autos importiert oder in der Schweiz zugelassen werden. Das ist nicht umsetzbar. Trotz Sympathien lehnt die Die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat ab.

Andreas Egli (FDP): Martina Zürcher (FDP) hat die Verhältnismässigkeit des Vorstosses gut zusammengefasst. Sie lehnen den Deal ab, weil er nicht Ihre, sondern unsere Klientel betrifft. Das merken wir uns. Wer das Postulat unterstützt, ist ein «Zentimeterbünzli».

Simon Kälin-Werth (Grüne): Es gibt einfachere und kompliziertere Lösungen für ein Problem. STR Karin Rykart hat ausgeführt, dass man bereits tut, was man kann. Mit der zunehmenden Elektrifizierung wird das Problem, dass die Fahrzeuge nicht nur grösser, sondern auch schwerer werden, zunehmen. Dasselbe gilt für die Pneus. Daran haben wir Grünen wegen des Abriebs kein Interesse. Zudem werden Pneus aus Kautschuk hergestellt, der dort angebaut wird, wo früher Regenwald war. Indirekt befördern wir so den Klimawandel, da das meist ein grossflächiges Herunterbrennen von Flächen der grünen Lunge unseres Planeten bedeutet. Darum haben wir ein Interesse daran, dass der gesunde Menschenverstand mehr Raum bekommt und wir auf andere Förderinstrumente setzen. Gesunden Menschenverstand kann man nicht gesetzlich umsetzen, da braucht es den Bildungsweg. Es ist die Frage, wie wir mit den endlichen Ressourcen umgehen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): Die AL ist immer die erste Partei, die moniert, dass die Polizei zu repressiv agiere. Doch mit ihrem Vorstoss liefern Sie einen Katalog an repressiven Massnahmen. Das ist widersprüchlich, selektiv und bürokratisch. Es stimmt, dass man im Strassenverkehr Rücksicht nehmen soll. Für mich ist das klar, aber für viele Auto- und Velofahrer nicht. Es wird für schmalere Parkplätze, aber breitere Velostreifen plädiert. Da zeigt sich, wohin das führen soll. Das fördert die nötige Rücksichtnahme auf der Strasse nicht, sondern schürt eher Aggressionen.

Sven Sobernheim (GLP): Mit der PKV und der Gewichtsgebühr haben wir bereits eine gute und wichtige Massnahme beschlossen. Daher sehe ich den Drang hier nicht mehr. Parkplätze werden heute teilweise breiter markiert. Trotzdem oder erst recht darum lehnen wir das Postulat mit seiner Tendenz zum Mikromanagement ab.

Michael Schmid (AL): Das Postulat wäre eine gute Ergänzung zur PKV, die hauptsächlich in Zürich wohnhafte Personen betrifft. Dieses Postulat würde auch Auswärtige betreffen, die nach Zürich kommen. Es signalisiert, dass sie einen negativen Effekt auf die anderen Verkehrsteilnehmenden haben können und nicht das Recht haben, allen den Weg

zu versperren. STR Karin Rykart meinte, dass sie fast alle Punkte bereits umsetze, wo es möglich sei. Da frage ich mich, ob die Dienstanweisung inzwischen geändert wurde, sodass sie sich tatsächlich am Gesetz ausrichtet. Die Umsetzung ausserhalb der Parkgebührzeiten funktioniert offenkundig nicht. An Martina Zürcher (FDP): Ich fände es in Ordnung, wenn die genannten Aspekte umgesetzt werden. Ich finde sie auch lästig oder verwerflich. Bussen werden meist schon verteilt, wenn die Personen erwischt werden. Daher kann ich gerne auf den vorgeschlagenen Deal eingehen. Es wurde moniert, dass die EU Schuld an den breiten Fahrzeugen sei. Doch es gibt noch immer schmale Autos zu kaufen. Die Marge darauf ist für die Autohändler aber weniger hoch. So haben sie einen Anreiz, ein grösseres Auto aufzuschwatzen. Die höhere Sicherheit ist dabei ein Verkaufsargument, doch das ist nicht belegt. Bei allen Fahrzeugtypen gibt es sicherere und weniger sichere Modelle. Höhere und schwerere Fahrzeuge mit ihrem längeren Bremsweg bedeuten immer weniger Sicherheit. Darum sollen kleinere Fahrzeuge gefördert werden.

Das Postulat wird mit 60 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5318. 2024/427

Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und Heidi Egger (SP) vom 11.09.2024:

Verbesserung der Sicherheit an der Kreuzung Wehntalerstrasse/Glaubtenstrasse für die Querung der Schulkinder und weitere zu Fuss Gehende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Hofstetter (FDP) zieht das Postulat zurück: Das Anliegen des Postulats wurde bereits mit dem Beginn des Schuljahrs 2025/26 umgesetzt. Der Stadtrat hat Fussgängerstreifen errichtet, damit die Schulkinder auf der Höhe Obsthaldenstrasse die Glaubtenstrasse sicher queren können. Es wurde keine 30er-Zone geschaffen.

Mitteilung an den Stadtrat

5319. 2024/431

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 11.09.2024: Sicherstellung der Nachtruhe in den nachts geöffneten Zürcher Parks

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3671/2024): Links-grüne Politiker behaupten immer wieder, dass Tempo 30 dem Lärmschutz diene. Sie tun so, als ob der Motorenlärm das grösste städtische Problem wäre. Das zeigt, dass ihr realitätsfremd seid und keine Ahnung habt, was Zürcherinnen und Zürcher tagtäglich erleben müssen. Wir erhalten immer wieder Zuschriften, die belegen, dass Menschen die hauptsächliche Lärmquelle sind. In unserer Stadt gibt es viele Personen, die jeglichen Respekt und Anstand verloren haben und die Begegnungszonen, Parks und öffentlichen Anlagen nächtelang für ihre «Lärmereien» ausnutzen. Die Menschen können wegen diesen rücksichtslosen Jugendlichen kein Auge mehr zutun. Pünktlich mit dem Einbruch der

Dunkelheit kommen grössere jugendliche Gruppen, voll bepackt mit Alkohol, Kiff-Utensilien, Musikboxen und Gleichgültigkeit. Viele spielen Mitternachtsfussball gegen Quartierwände. Das sind Zitate aus erhaltenen Briefen. Wenn man als Anwohner Ruhe einfordert, werde man beleidigt. Auch unter der Woche komme es zu solchen Szenen. Die Polizei kann man wegen Nachtruhestörung anrufen, doch u. a. wegen des Personalmanagements hat das bei ihr keine Priorität. Wenn sie dann da sind, sind sie zu nett zu den Randalierern. Kaum ist die Polizei weg, geht es weiter. Die hart arbeitenden Bürgerfamilien mit kleinen Kindern und ältere Menschen sitzen Nacht für Nacht in ihren Wohnungen und sind unfreiwillig Teil einer Party, die niemand stoppen will. Die Stadt reagiert mit einem Feigenblatt und montierte ein paar Schilder mit der Aufschrift «Bitte Rücksicht nehmen». Diese kann man wegen den Sprayereien und Stickern kaum lesen. Das ist ein Skandal, darum haben wir das Postulat eingereicht. Wer arbeitet und seinen Beitrag leistet, hat das Recht auf Schlaf. Die Stadt soll handeln und prüfen, wie sie die Nachtruhe in den öffentlichen Anlagen effizient durchsetzen kann: Mit konsequenter Präsenz und Kontrolle.

Tanja Maag (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 25. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Wie soll man die Ruhe durchsetzen, wenn nicht mit Polizei? Natürlich sehen wir keinen Bedarf für eine pauschale Durchsetzung von Nachtruhe in Parks. An diesen Orten treffen sich Jugendliche nun mal gerne, da sie sich dort den kontrollierenden Blicken und Ohren von Erwachsenen entziehen können. Sie treffen sich gerne draussen, da sie nicht über die finanziellen Mittel verfügen, die halbe Nacht in einer Bar zu sitzen – es muss ja überall konsumiert werden. Ein Park bietet eine willkommene Alternative hierzu. Eine strikte Durchsetzung der Nachtruhe würde die soziale Funktion dieser Freiräume klar beschneiden – und Ressourcen der Sicherheitskräfte verbrauchen. Hier sind euch die Kosten offenbar egal. Für Konfliktsituationen aufgrund unterschiedlicher Schlafbedürfnisse ist eure Forderung nicht zielführend. Diese kann man im Dialog lösen, indem man sich mit den lärmenden Menschen auseinandersetzt.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Anscheinend wohnt Tanja Maag (AL) nicht neben einer sogenannten Begegnungszone. Wir wollen lediglich, dass der Stadtrat mögliche Massnahmen prüft – nicht automatisch mehr Polizei einsetzt. Es gäbe sicherlich Lösungen, die nicht nur repressiv sind, sondern einen aufklärerischen Ansatz verfolgen. Wenn man guten Willen hat, kann man das Postulat sehr kosteneffizient umsetzen. Wie die Situation gerade ist, geht es aber nicht weiter, denn die Probleme treten immer öfter auf.*

Beat Oberholzer (GLP): *Es ist klar, dass die Nachtruhe wichtig und deren Einhaltung gesetzlich festgelegt ist. Dass Nachtruheklagen für die Polizei keine Priorität hätten, kann ich nicht bestätigen. Viele von uns konnten bereits mit der Polizei mitfahren und da traten bei mir hauptsächlich Nachtruheklagen auf. Die Polizei hat das ziemlich gut im Griff. Was genau die Postulanten von der Stadt wollen, ist mir nicht klar. Soll man Ausgangssperren verhängen, die Pärke schliessen? Da uns die Absicht nicht klar ist, lehnen wir ab.*

Sandra Gallizzi (EVP): *Nachtruhe ist etwas äusserst Wichtiges. Das ist unbestritten. Nicht jede Person hat in Bezug auf Geräusche und Lärm das gleiche Empfinden. Die Polizei kennt die Hotspots und weiss genau, wo es öfters laut zu und her gehen kann. Entsprechend kontrolliert sie diese auf ihren Patrouillen regelmässig und sorgt für Ruhe und Ordnung. Oft reicht es, wenn sie Präsenz zeigt. Sollte es trotzdem laut und die Nachtruhe nicht eingehalten werden, können sich Anwohnende an die Polizei wenden. Diese reagiert auf die Situation. Oft haben Anwohnende heutzutage kein Verständnis mehr, wenn bspw. Jugendliche in einem Park oder auf einem Platz zusammen feiern, lachen, Musik hören wollen. Gerade Jugendliche haben heute keinen Platz mehr, wo sie sich*

aufhalten können. Immer öfter werden sie aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Gegenseitige Rücksichtnahme ist angebracht, Toleranz und gesunder Menschenverstand aber genauso. Die Die Mitte/EVP-Fraktion vertraut darauf, dass die Polizei auf ihren Patrouillen oder bei Anrufen einschreitet. Das Postulat lehnen wir ab.

Reis Luzhnica (SP): Wenn man die Lärmschutzstrategie der Stadt Zürich liest, stellt man schnell fest, dass der grösste Lärmfaktor mit Abstand der Strassenverkehr ist. Hier tut die Stadt bereits einiges, indem sie Tempo 30 einführt. Lärmige Parkanlagen werden in der Strategie kaum erwähnt. Diese sind weder gesundheitlich noch strukturell ein gravierendes Problem. Es wird auch die Balance zwischen einer lebendigen Stadt und der Ruhe erwähnt. Das ist der springende Punkt. Die Stadt weiss, wo die Lärmquellen sind und hat Regelungen eingeführt, um die Nachtruhe einhalten zu können. Die SVP soll der Polizei nicht reinreden, darum lehnen wir das Postulat ab.

Das Postulat wird mit 34 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5320. 2024/459

**Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 25.09.2024:
Parkkartenverordnung (PKV), Berichterstattung über die Umsetzung der Regelung
zur Anwohnendenparkierungsbewilligung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3752/2024): Einer der wichtigen Punkte in der kürzlich vom Volk angenommenen Parkkartenverordnung (PKV) ist die Umsetzung des Bieler Modells. Das bedeutet, dass Anwohnende und Geschäftsbetriebe nur noch einen Parkplatz der Blauen Zone erhalten, wenn an ihrer schriftenpolizeilich gemeldeten Adresse bzw. ihrem Geschäftssitz kein privater Parkplatz zur Verfügung steht. Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass wir an die rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger glauben und dass sie in der Lage sind, korrekt zu deklarieren, ob ein Parkplatz vorhanden ist oder nicht. Darum soll das in Selbstdeklaration geschehen. Auf der anderen Seite sind wir nicht naiv: Es kann durchaus sein, dass Leute diesen Umstand ausnutzen. Darum möchten wir nun wissen, ob das funktioniert oder nicht. Es soll ein Bericht erstellt werden, der genau diesen Sachverhalt aufzeigt.

Stephan Iten (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Der Vorstoss kommt ein bisschen zu früh. Die Verwaltung hat sich mit Händen und Füssen gegen das System gewehrt, da es nur mit grossem Aufwand umzusetzen ist. Der Stadtrat hat sich gegen seine Verwaltung gestellt. Hier geht es nicht nur um einen Bericht, sondern auch darum, wie Artikel 17 und das Bieler Modell eingehalten wird. Um zu wissen, wie die Umsetzung stattfindet, müssen wir die Ausführungsbestimmungen abwarten. In der Kommission habe ich gehört, dass die Selbstdeklaration mit einer Bestätigung des Vermieters eingereicht werden muss. Meiner Meinung nach wird diese Selbstdeklaration dann wahrheitsgetreu ausfallen. Dafür braucht es keinen Bericht. Der verschwendet nur Ressourcen der Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Der Stadtrat verfasst jedes Jahr einen Geschäftsbericht. Auf diesen 500 Seiten hat es sicher Platz, ein Kapitel über die PKV zu schreiben. Dafür braucht es keinen zusätzlichen Bericht.

Michael Schmid (AL): Die blosser Selbstdeklaration sehen wir nicht als ausreichend für die effektive Einführung des Bieler Modells an. Dieses Postulat war für SP, Grüne und GLP der Ausweg, um unseren Antrag abzulehnen, der eine Bestätigung der Selbstdeklaration von der Eigentümerschaft forderte. Das Postulat und den Bericht befürworten wir und hoffen, dass wir mit unserer Annahme, dass die aktuelle Regelung unzureichend ist, falsch lagen. Wenn wir richtig liegen, möchten wir auf unseren Antrag zur Bestätigung der Eigentümerschaft zurückkehren. Von den Fraktionen, die das Bieler Modell befürworten, erwarten wir, dass sie sich auch für dessen Durchsetzung einsetzen.

Sven Sobernheim (GLP): Die Bevölkerung hat das Bieler Modell zweimal angenommen: mit der PKV und mit dem Richtplan. Wenn man heute sagt, dass die Verwaltung oder der Stadtrat das Modell nicht umsetzen wollen, muss ich antworten, dass es keinen klareren Auftrag als zweimal Ja vom Volk gibt. Diesen Vorstoss müssen wir bereits vor der Einführung überweisen, um festlegen zu können, welche Daten man erheben will. Ich bin optimistisch, dass das Bieler Modell ein Erfolg wird. In vielen Tiefgaragen gibt es Leerstände.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5321. 2024/528

Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 20.11.2024:
Bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere für Dienstleister

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3967/2024): Das Postulat ist schon ein Jahr alt, aber wir finden nach wie vor, dass diese Forderungen sinnvoll sind. Der Stadtrat soll prüfen, wie sich die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt besser erschliessen lassen, u. a. durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebungen des Fahrverbots oder Ausnahmeregelungen. Eine bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere ist für das Gewerbe der Stadt wichtig. Die Rückmeldungen unserer Wählerinnen und Wähler aus dem Gewerbemilieu bestätigen das. Die erweiterte Bewilligung aus der neuen Parkkartenverordnung (PKV) gibt dem Gewerbe zwar deutlich mehr Möglichkeiten als bis anhin, trotzdem ist es für dieses nicht immer möglich, die betroffenen Immobilien einfach zu erreichen. Einerseits schaden dem Gewerbe die Fahrverbote, andererseits mechanische Hindernisse. Nach wie vor wird es in der Ausführung gewisse Themen geben, die Bussen für Gewerbetreibende bedeuten. Das macht das Leben für sie schwieriger. Wir wollen verhindern, dass frustrierte Gewerbler aus der Stadt abwandern. Unter dem Strich sind es nicht die Immobilienbesitzenden, sondern die Mieterinnen und Mieter, die die Mehraufwände des Gewerbes bezahlen. Das bedeutet, dass Nebenkosten steigen, obwohl die Mieten in Zürich schon hoch sind. Ein Grund der Abwanderung des Gewerbes ist die städtische Verkehrspolitik. Zwar wird immer wieder gesagt, dass man das Gewerbe schützen möchte, doch in der Praxis nützt das wenig, wenn die gleichen Bestimmungen für alle gelten. Ein Standort in der Stadt ist logistisch und verkehrstechnisch kein Vorteil mehr, sondern ein Nachteil. Daher gilt für uns, dass Dienstleister aus der Stadt die städtischen Gebiete zwingend besser erreichen können sollen. Sonst befürchten wir, dass Gewerbebetriebe in die Agglomeration auswandern. Die grossen Umwege zum Geschäft oder den Lagerräumlichkeiten führen zu Ärger und hohen Kosten, die auf die Kundschaft umgewälzt werden. Die andere Option ist, das

Stadtgebiet nicht mehr zu bedienen. Die geplanten Velovorzugsrouten sind auch nicht hilfreich. Dafür müssen Parkplätze weichen, die schlussendlich dem Gewerbe fehlen. Als Quartierbevölkerung haben wir das Recht, dass uns Dienstleistungen erreichen können.

Sven Sobernheim (GLP) begründet den von Carla Reinhard (GLP) namens der GLP-Fraktion am 4. Dezember 2024 gestellten Ablehnungsantrag: In der Stadt haben wir anscheinend kein Gewerbe mehr und alle sind Konkurs. Zukünftig haben wir die Gewerbeparkkarte und wieso die schlecht sein soll, kann ich mir nicht erklären. Das kann niemand von uns voraussagen. Die Voraussetzungen sind gut, da man mit ihr viel mehr darf als bisher. Sie ist zudem für städtische Betriebe günstiger als für Betriebe aus der Agglomeration. Vor einigen Jahren wurden alle mechanischen Hindernisse abgebaut, da man nun auf Videokameras setzt. Das stellt also keine Erschwernis dar. Eigentlich müsstet ihr den Vorstoss mit der Umsetzung der PKV zurückziehen, da er aus der Zeit gefallen ist.

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Sven Sobernheim (GLP) hat recht damit, dass die Sache mit der PKV geregelt ist. Doch ich höre hier einen Hilfeschrei zur missglückten Verkehrsplanung des Stadtrats. Von dieser ist nicht nur das Gewerbe betroffen, sondern auch andere. Ich finde es scheinheilig, dass die EVP den Vorstoss mitträgt, da sie diese Verkehrsplanung immer wieder unterstützt. Es ist erschreckend, was in Zürich geplant wird. Die Privaten können sich nicht dagegen wehren. Daher braucht es dieses Postulat zur Schadensbegrenzung. Es stört uns aber, dass man zwischen Antriebsarten differenziert. Nicht jeder Dienstleister kann seine Flotte von heute auf morgen ersetzen, das ist nicht realistisch. Darum beantragen wir die Streichung dieses Textteils. Wenn dies abgelehnt wird, lehnen wir das Postulat ab.

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Martina Zürcher (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Der Passus «Dienstleister aus der Stadt» soll durch «Zubringerdienst» ersetzt werden. Dieser Begriff ist in der eidgenössischen Signalisationsverordnung vorhanden. Zudem sollte es möglich sein, dass bspw. Angehörige Handwerksarbeiten verrichten und ihr schweres Werkzeug an die Immobilie heranfahren können, ohne dass sie im Besitz der Gewerbeparkkarte sind.

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für ~~Dienstleister aus der Stadt~~Zubringerdienst besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Eigentlich hatten wir genug Zeit, das heute Diskutierte in die Revision der PKV hineinzupacken. Anscheinend habt ihr euch zu wenig in die Kommissionsberatung eingebracht. Das ist nicht unser Problem. Viele Wünsche des Gewerbes wurden mit der PKV erfüllt. Dieses Fass machen wir nicht noch einmal auf. Darum lehnen wir das Postulat mit oder ohne Textänderungen ab.

Sandro Gähler (SP): Die SP unterstützt die Forderung, dass das Gewerbe in der Stadt schnell vorwärtskommen und seine Fahrzeuge abstellen kann. Das Postulat ist dafür leider nicht zielführend. Die geforderten Ausnahmen für das Gewerbe lassen sich nur mit kamerabasierten Systemen kontrollieren. Ein solches System wurde vor kurzem in Birsfelden aufgestellt. Die FDP hat daraufhin angekündigt, bis vors Bundesgericht zu ziehen. Wenn nicht sichergestellt werden kann, dass nur Berechtigte von den Ausnahmen profitieren, führt das zu einer allgemeinen Fahrzeitverkürzung, die das Auto attraktiver macht. Der entstehende Mehrverkehr wird dazu führen, dass alle wieder langsamer sind. Es gibt

also nur Verlierer. Die einzige langfristig funktionierende Lösung ist, dass Menschen vom Auto auf andere Verkehrsmittel umsteigen, sodass es auf den Strassen mehr Platz fürs Gewerbe gibt, das tatsächlich auf ein Auto angewiesen ist. Das wird erreicht, indem die Alternativen sicher, günstig und schnell sind. Die PKV wird die Parksituation zudem verbessern. Darum lehnt die SP das Postulat mit oder ohne Textänderungen ab.

Karin Weyermann (Die Mitte) ist mit beiden Textänderungen einverstanden: Trotz der Annahme der PKV braucht es weiterhin Druck. Wenn wir in zwei Jahren im Bericht lesen, dass die PKV nicht in der Masse geholfen hat, wie erwartet, lernen wir etwas für einen neuen Vorstoss. Wenn die Welt zu diesem Zeitpunkt tatsächlich besser geworden ist, haben wir kein Problem damit, das Postulat abzuschreiben. Zum Thema der SVP: Einer Übergangslösung bezüglich Antriebsart hätten wir zugestimmt. Trotzdem sehen wir den Punkt der SVP und nehmen ihren Textänderungsantrag an. Ebenso nehmen wir denjenigen der FDP an. Langfristig wird es möglich sein, die Situation mit den Zubringern zu überprüfen. In der heutigen Situation wird der öffentliche Verkehr v. a. durch Tempo 30 verlangsamt. Mit der Begründung, alle ausser die Autofahrer schnell und zielführend ans Ziel bringen zu wollen, arbeitet dieser Rat leider oft gegen seine Absicht.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für ~~Dienstleister aus der Stadt~~ Zubringerdienst besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten ~~oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).~~

Das geänderte Postulat wird mit 44 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5322. 2024/536

Motion der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:

Bootsplätze in der Stadt, Erreichung der Netto-Null-Ziele, Stärkung der Shared Economy und Förderung der ökologischen Antriebe

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicolas Cavalli (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3999/2024): Die Stadt soll in Bezug auf Bootsplätze eine Strategie entwickeln, die dem Erreichen der selbst gesteckten Netto-Null-Ziele dient. Die sind demokratisch durch eine Abstimmung legitimiert. Wir möchten den ökologischen Antrieb und die Shared Economy stärken. Klimaschutz findet nicht nur auf der Strasse statt, sondern auch dort, wo wir unsere Freizeit verbringen. Zürich hat sich verpflichtet, im eigenen Einflussbereich bis ins Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Was der eigene Einflussbereich genau umfasst, wird hier oft diskutiert. Bootsplätze gehören unserer Überzeugung nach teilweise in diesen Einflussbereich. Viele Stadtzürcherinnen und -zürcher wünschen sich eine nachhaltige, faire und transparente Nutzung von Seeufer und See. Dieses Bedürfnis können wir mit diesem Vorstoss stärken, wenn die Stadt eine klare Strategie hat, wo wir bezüglich der ökologischen Antriebe und Shared Economy hin sollen. Der Stadtrat möchte die Motion nur als Postulat entgegennehmen, weil sie nicht motionabel sei. Das ist formaljuristisch korrekt, aber politisch defensiv. In der Antwort des Stadtrats wird immer wieder auf den Kanton und fehlenden Handlungsspielraum verwiesen, obwohl die Stadt einen hat. So ist sie Konzessionärin und für Infrastrukturen wie Steganlagen, Stromanschlüsse, die

Verwaltung usw. verantwortlich. Auf diesen Wegen hat sie die Möglichkeit, unsere Forderungen umzusetzen. Mit diesem Vorstoss möchten wir ein Signal an den Kanton senden und die Stadt dazu bringen, entsprechende Anträge zu stellen. Es wirkt, als scheue man sich vor der Arbeit und schiebe alles zum Kanton. Es gehört zu einer Strategie, sich Gedanken zu machen, was alles dazu gehört und welche Stakeholder ins Boot geholt werden müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Darum muss man beim Kanton vorstellig werden. Zürich soll Innovation nicht bremsen, sondern ermöglichen. Boote sollen weg von fossilen und hin zu elektrischen Antrieben kommen. Besonders im privaten Bereich ist das bereits gut möglich. In der Politik ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen und das als Auftrag an den Stadtrat zu überweisen. Sharingmodelle sollen besser genutzt werden. Es soll keine Platzhalterboote geben. Die begrenzte Seeinfrastruktur soll ökologisch, sozial und effizient genutzt werden. Zürich soll auch in diesem Bereich eine Chancenstadt bleiben und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat hat für das Anliegen der Motion Verständnis. Die Netto-Null-Ziele sollen auch auf dem See erreicht werden. Ein elektrischer Bootsantrieb verursacht weniger Lärm und Abgase. Natürlich wünschen sich alle, dass Verfahren in der Verwaltung möglichst einfach sein sollen. Nach Meinung der Motionäre ist das beim Nachweisverfahren für den gemeinnützigen Charakter von non-profit Boot-Sharing-Organisationen nicht der Fall. Der Stadtrat findet es nicht gut, wenn Bootsplätze zwar belegt sind, aber die Boote nicht genutzt werden. Wenn man an die lange Warteliste für Bootsplätze denkt, ist das ein Ärgernis. Trotzdem lehnt der Stadtrat die Motion ab. Der Kanton hat die Hoheit über die Gewässer. Die wesentlichen Vorgaben für die Stationierung von Schiffen sind im Wasserwirtschaftsgesetz festgelegt, in der Verordnung über das Stationieren von Schiffen und den jeweiligen wasserrechtlichen Konzessionen. Die Kompetenzen der Stadt sind also stark eingeschränkt. Die Änderung, die die Motion verlangt, kann nur der Kanton vornehmen. Das betrifft die Regelungen für non-profit Boot-Sharing-Organisationen, Normen für das Bevorzugen von Booten mit ökologischem Antrieb bei der Stationierung und Massnahmen gegenüber Personen, die ihr Boot nicht nutzen. Der Spielraum für die Stadt ist klein, soll aber genutzt werden. So kann die Stadt die Installation von Elektroladestationen prüfen. Auch kann sie Anträge vorbereiten und an die Baudirektion stellen, die die Anliegen der Motion betreffen. Alles andere ist Kantonssache. Ich verweise auf die ausführlichen Erläuterungen im Stadtratsbeschluss und erlaube mir den Hinweis, dass der Erlass einer Strategie nicht motionsfähig ist. Dafür ist der Stadtrat zuständig. Er ist bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): Die SVP lehnt den Vorstoss ab. Wir befinden uns hier auf der falschen Flughöhe. Auf dem See hat der Kanton das Sagen. Es fehlt an Sachkenntnis und Praxis, wenn man denkt, dass man auf dem Zürichsee den Planeten retten kann. Die Vergabepraxis der Liegeplätze wird bereits heute als willkürlich wahrgenommen. Die Wartefristen betragen teilweise über ein Jahrzehnt. Nun sollen Sharing-Anbieter bevorzugt werden. Auf dem Zürichsee gibt es Segelschiffe, Motorboote und die professionelle Schifffahrt. Mit den Segelschiffen haben wir kein Problem, da man diese mit kleinen E-Motoren ausstatten kann. Das geht bei Motorbooten denkbar schlecht, bei diesen sind E-Motoren selten. Sie sind sehr teuer und kosten teilweise mehr als ein neues Boot. Der Wirkungsgrad ist zudem unbefriedigend. In der professionellen Schifffahrt sehen wir teilweise massive Probleme mit den E-Schiffen. Die Ladeinfrastruktur kostet sehr viel und die E-Antriebe sind eine reine Zwängerei. Die Worthülse «Klimaschutz» soll wichtiger sein als die Sicherheit? Die einzige valable Alternative sind synthetische Treibstoffe.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Ein Boot auf dem Zürichsee zu haben, ist ein Privileg. Der Vorstoss bietet sich nur an, wenn man meint, mit einer so kleinen privilegierten Minderheit das Klima retten zu können. Das können wir politisch nachvollziehen, materiell nicht. In der Motion werden die Themen Netto-Null und Verteilgerechtigkeit miteinander vermischt. Wir gönnen es den Leuten, die ein Motorboot auf dem Zürichsee haben. Es ist nicht sinnvoll, wegen des Klimas in die Eigentumsgarantie einzugreifen. Denn darauf läuft der Vorstoss hinaus: Eigentlich möchte man keine Motorboote mehr auf dem Zürichsee haben. Hier appellieren wir an den gesunden Menschenverstand: Das wird sich von selbst regeln, wenn sich die Elektroboote eventuell durchsetzen. Die Stadt soll das in den nächsten Jahren nicht politisch beeinflussen. Die FDP lehnt den Vorstoss ab.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Uns ist es wichtig, dass wir bei der Shared Economy einen gemeinnützigen und nicht gewinnorientierten Ansatz verfolgen. Das wollen wir im Text anpassen. Shared Economy wird auch von kommerziellen Anbietern wie Uber genutzt und das wollen wir nicht.

Nicolas Cavalli (GLP) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Nach dem Votum von STR Karin Rykart bin ich konsterniert und frage den Stadtrat, wie man die eigenen Netto-Null-Ziele effektiv erreichen möchte. Die Motion wandeln wir in ein Postulat um. Wir erwarten, dass die Anliegen trotzdem umgesetzt werden. Das Argument, dass wir uns auf einer zu kleinen Skala bewegen, um etwas gegen den Klimawandel tun zu können, kommt immer wieder. Das ist ein Denkfehler, da es ein Mosaik aus vielen Teilen ist. Die Sharing Economy ist heute Zeitgeist.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Strategie vorzulegen, wie bei den Bootsplätzen in der Stadt Zürich die Netto-Null-Ziele erreicht, die nicht-gewinnorientierte Shared Economy gestärkt und ökologische Antriebe gefördert werden können.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2025/498 (statt Motion GR Nr. 2024/536, Umwandlung) wird mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5323. 2025/499

Motion von Pascal Lamprecht (SP) und Dominique Späth (SP) vom 29.10.2025: Realisierung eines durchgängigen Rad- und Fusswegs vom Hauptbahnhof bis zum Farbhof entlang der Bahngleise

Von Pascal Lamprecht (SP) und Dominique Späth (SP) ist am 29. Oktober 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um südlich und direkt entlang der Bahngleise vom Hauptbahnhof Zürich bis zum Farbhof (via Polizei- und Justizzentrum

und Bahnhof Altstetten) einen durchgängigen Rad- und Fussweg zu realisieren. Die Route ist gemäss Eintragskarte Kommunalen Richtplan Verkehr zu projektieren.

Begründung:

Die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs ist ein zentraler Bestandteil einer sozial gerechten, klimafreundlichen und lebenswerten Stadt. Mit einem durchgängigen Rad- und Fussweg direkt entlang der Bahngleise auf der südlichen Seite zwischen dem Hauptbahnhof und dem Farbhof kann die Stadt Zürich einen entscheidenden Schritt in diese Richtung machen. Diese direkte Verbindung führt zudem zu einer Entflechtung der Verkehrsteilnehmenden, was einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherheit leistet.

Diese Verbindung ist im kommunalen Richtplan Verkehr als Karteneintrag bereits behördenverbindlich als Korridor vorgesehen – ihre Realisierung ist daher überfällig. Heute fehlen auf dieser wichtigen Ost-West-Achse sichere, direkte und zusammenhängende Wege für den Fuss- und Veloverkehr. Gerade Pendler:innen, Familien, Jugendliche und ältere Menschen würden von einer durchgehenden, kreuzungsarmen und vom motorisierten Verkehr getrennten Route stark profitieren.

Wenn der Strassenraum (zumindest punktuell) zu eng ist, soll geprüft werden, ob Fuss- und Velowege in gestapelter Form – etwa als doppelstöckige oder überlagerte Infrastrukturen – realisiert werden können, um die Sicherheit und Durchgängigkeit aller Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Ein solcher Weg reduziert Lärm- und Schadstoffbelastungen und trägt aktiv zur Erreichung der städtischen Klimaziele bei. Zudem stärkt die neue Verbindung die Vernetzung der Quartiere Altstetten, Grünau, Hard, Aussersihl und das Stadtzentrum. Sie schafft neue attraktive Wege durch die Stadt und erhöht die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Die Stadt Zürich hat sich zu einer konsequenten Förderung des Fuss- und Veloverkehrs verpflichtet. Die Realisierung dieser Route ist ein konkreter und sichtbarer Beitrag zu diesem Ziel – für eine klimafreundliche, sichere und sozial gerechte Stadtmobilität.

Mitteilung an den Stadtrat

5324. 2025/500

Postulat der Grüne-Fraktion vom 29.10.2025:

**Unterstützung der nationalen Strategie zum Myalgische Enzephalomyelitis/
Chronische-Fatigue-Syndrom**

Von der Grüne-Fraktion ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die nationale Strategie zu Myalgische Enzephalomyelitis / Chronische Fatigue Syndrom und Long Covid unterstützt werden kann.

Begründung:

In der Schweiz sind ca. 60'000 Personen an ME/CFS erkrankt, hinzukommen mehr als 300'000 Long Covid Betroffene, von denen ein signifikanter Teil unter die Diagnose ME/CFS fällt. Der Leidensdruck bei den Betroffenen ist riesig. Vor kurzer Zeit hat der Ständerat als zweite Kammer eine Motion von Vertreter:innen aller Parteien überwiesen. Die Motion fordert, dass der Bundesrat eine nationale Strategie für ME/CFS und Long Covid zu erarbeiten. Es sollen alle betroffenen Organisationen einbezogen werden. Die Stadt Zürich mit ihren Stadtspitälern und ihrer Long Covid Sprechstunde, kann sicher viel zu einer solchen nationalen Strategie beitragen.

Motion: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20244452>

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen, Fachpersonen, Kantonen, Sozialversicherungen (BSV), Spitälern sowie weiteren relevanten Akteuren eine nationale Strategie für Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue Syndrome (ME/CFS) und Long Covid zu erarbeiten. Ziel ist es, dass Patienten mit ME/CFS, Long Covid sowie PVS in der ganzen Schweiz medizinisch gleich gut versorgt werden. Dies beinhaltet eine rechtzeitige Diagnostik, eine zweckmässige Behandlung nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, den rechtsgleichen Zugang zu wirksamen, evidenzbasierenden Therapien und Arzneimitteln sowie adäquate Unterstützung durch die Sozialversicherungen. Dazu braucht es eine Koordination der Fachkräfte, den Einbezug von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Wissenstransfer sowie die Zusammenarbeit bundesweit wie auf internationaler Ebene.

Mitteilung an den Stadtrat

5325. 2025/501

**Postulat von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025:
Verbesserung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für trans Personen**

Von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 58 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob und wie in der Stadt Zürich die Gesundheitsversorgung für trans Personen verbessert und sichergestellt werden kann. In einem ersten Schritt soll auch unter Einbezug von Betroffenen dargelegt werden, welche bestehenden medizinischen und psychologischen Angebote in Zürich bereits vorhanden sind und wie diese besser vernetzt und unterstützt werden können. Ziel ist, die Versorgungssicherheit und die Qualität medizinischer und psychologischer Behandlungen für trans Personen zu verbessern und die enge Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstellen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen wie beispielsweise Fachärzt:innen und Psycholog:innen zu fördern.

Begründung:

Die Gesundheitsversorgung von trans Menschen ist derzeit stark politisiert. Regierungsrätin Natalie Rickli hat jüngst ein nationales Verbot geschlechtsangleichender Operationen bei Jugendlichen gefordert und die nationale Politik ist ebenfalls aktiv geworden. Ein solches pauschales Verbot würde nicht nur das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von urteilsfähigen Jugendlichen verletzen, sondern widerspricht den Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission und internationalen Behandlungsstandards

Laut einer aktuellen Studie der Berner Fachhochschule, unterstützt durch das EBG, geben knapp 29% aller trans Personen in der Schweiz an, medizinische Behandlungen aus finanziellen oder administrativen Gründen aufgeschoben oder ganz darauf verzichtet zu haben (trans at work, 2025). Häufig stellen fehlende Expertise der Fachpersonen und Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitssystem hier eine grosse Hürde dar. Den Zugang zu fachgerechter, diskriminierungsfreier Versorgung zu verbessern, würde die Lebensqualität von trans Personen enorm anheben.

Die Stadt Zürich ist eine offene, inklusive und solidarische Stadt, die allen Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen will, unabhängig von ihrer Herkunft, sexueller Orientierung und ihrem Geschlecht. Damit die Stadt Zürich dieses Selbstverständnis konkret unterstützt, könnte sie beispielsweise:

- den Zugang ohne grosse Wartezeiten zu qualitativ hochstehenden, interdisziplinären Angeboten für trans Personen verbessern,
- die Koordination zwischen Chirurgie, Endokrinologie, Psychiatrie und Beratung, sowie
- die Familienberatung für trans Personen und ihre Angehörigen ausbauen,
- die öffentliche Debatte durch transparente Informationsmaterialien und -veranstaltungen versachlichen.

Gerade angesichts der aktuellen politischen Äusserungen aus dem Regierungsrat und der im Interview geäusserten Bedenken soll deshalb geprüft werden, wie auf städtischer Ebene die Versorgungslücken geschlossen und zugleich die Rechte und die Gesundheit von trans Personen in Zürich gestärkt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

5326. 2025/502

**Postulat von Hannah Locher (SP), Moritz Bögli (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025:
Bericht über den Schutz der Menschen in der Stadt vor transnationaler Repression**

Von Hannah Locher (SP), Moritz Bögli (AL), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen departementsübergreifenden Bericht mit Aktionsplan vorzulegen, der darlegt, wie die Stadt Menschen in Zürich wirksam vor transnationaler Repression schützt, unterstützt und in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte stärkt. Dabei soll die Stadt die Zusammenarbeit mit betroffenen

Diaspora-Gemeinschaften suchen und deren Erfahrungen und Anliegen aktiv in die Erarbeitung des Berichts einbeziehen.

Begründung:

Autoritäre Staaten greifen durch transnationale Repression (TNR) immer häufiger auch über ihre Landesgrenzen hinaus in das Leben von Menschen ein, die sie als kritisch oder oppositionell wahrnehmen. Ziel solcher Aktivitäten ist es, Kontrolle zu behalten, Einschüchterung zu erzeugen und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Diese Handlungen verletzen zentrale Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder den Schutz der Privatsphäre in der Schweiz.

Nach zivilgesellschaftlichen Berichten hat jüngst auch der Bundesrat basierend auf einer Studie der Universität Basel festgehalten, dass TNR in der Schweiz vorkommt und eine reale Bedrohung für die Grundrechte darstellt. Der Bundesratsbericht zeigt, dass Behörden auf allen Ebenen sensibilisiert werden müssen, damit sie TNR erkennen, Betroffene schützen und dagegen vorgehen können. Der Bericht hält fest, dass auch die Gemeinden in der Lage sein sollen, Fälle zu erkennen und angemessen zu reagieren. Auch das Europa-Institut der Universität Basel betont die Rolle der Städte und Gemeinden, denn viele betroffene Personen leben in urbanen Gebieten. In Städten finden Demonstrationen, Kulturveranstaltungen und politische Diskussionen statt, und Gemeinden sind oft über Verwaltung, Schulen, Sozialdienste, Integrations- oder Ombudstellen die ersten Kontaktstellen. Der Forschungsbericht hebt hervor, dass lokale Behörden Vertrauen aufbauen, Dialoge führen und Schutzstrukturen schaffen können, die für Betroffene entscheidend sind.

Die Stadt Zürich ist ein zentraler Ort der politischen Meinungsäusserung, der internationalen Begegnung und einer aktiven Zivilgesellschaft. Der verlangte Bericht soll aufzeigen, wie die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich handeln kann, um Menschen vor TNR zu schützen und die Wahrnehmung der Grundrechte zu stärken. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur systematischen Dokumentation von Fällen zur Sensibilisierung und Schulung von relevanten städtischen Fach- und Anlaufstellen, zur Einrichtung einer sicheren Meldestelle sowie zu schnellen Schutzmechanismen bei akuten Bedrohungen geprüft werden. Ebenso wichtig sind Massnahmen zur Unterstützung und Beratung Betroffener, der Vertrauensaufbau durch Dialoge mit Diaspora-Gemeinschaften, die Stärkung digitaler Sicherheitskompetenzen und die Förderung von Präventionsprojekten. Der Bericht soll zudem darlegen, wie Zürich sich mit anderen Städten aber auch dem Kanton koordinieren und bereits bestehende Erfahrungen und Strukturen nutzen kann.

Mitteilung an den Stadtrat

5327. 2025/503

**Postulat von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 29.10.2025:
Weiterentwicklung und Verstetigung des Angebots CMplus**

Von Anjushka Früh (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Angebot CMplus so weiterentwickelt und verstetigt werden kann, dass die dauerhafte Integration von gesundheitlich eingeschränkten Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung sichergestellt wird.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft werden:

- Ausweitung der Integrationsstellen: Ob die derzeit geplante Anzahl von jährlich zwölf Integrationsstellen dem tatsächlichen Bedarf entspricht und welche Möglichkeiten bestehen, das Angebot auszuweiten.
- Wie Integrationsstellen zusätzlich nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- bis längerfristig (über zwei bis drei Jahre) eingesetzt werden können, sowie wie flexible Arbeitsmodelle (Teilzeit, Homeoffice, angepasste Arbeitszeiten) verbindlich berücksichtigt werden können.
- Wie es den Ämtern und Behörden in allen Departementen und Dienstabteilungen verstärkt ermöglicht werden kann, dauerhaft Menschen mit leichteren gesundheitlichen Einschränkungen aller Art anzustellen.

Begründung:

Mit der Weisung 2025/332 wird das erfolgreiche Pilotprojekt CMplus ab 2026 in den Regelbetrieb überführt. Damit anerkennt der Stadtrat ausdrücklich den Mehrwert dieses Instruments für Mitarbeitende, die ihre volle Arbeitsleistung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erbringen können. Gleichzeitig bleibt in der Umsetzung noch weiteres Potential in der dauerhaften Integration von gesundheitlich eingeschränkten Personen in der Stadtverwaltung, wie es bereits mit der Motion 2016/399 gefordert wurde.

Gesundheitlich eingeschränkte Mitarbeitende brauchen erlässliche Strukturen und langfristige Perspektiven und flexible Einsatzmöglichkeiten. Nur so kann verhindert werden, dass wertvolle Arbeitskräfte aus der Stadtverwaltung ausscheiden, obwohl sie mit angepassten Rahmenbedingungen weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten könnten. Eine konsequentere Umsetzung von CMplus bietet nicht nur sozialpolitische Vorteile, sondern auch betriebswirtschaftliche: Der Erhalt von Fachwissen, geringere Kosten durch Fluktuation und Krankheitsausfälle sowie eine gestärkte Position der Stadt Zürich als vorbildliche Arbeitgeberin.

Der Stadtrat soll deshalb prüfen und aufzeigen, wie CMplus noch umfassender ausgestaltet werden kann, sodass die Stadtverwaltung dauerhaft ein Arbeitsumfeld bietet, das Gesundheitseinschränkungen berücksichtigt, und Teilhabe und Beschäftigung gesundheitlich eingeschränkter Personen sichert.

Mitteilung an den Stadtrat

5328. 2025/504

Postulat von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 29.10.2025:

Weiterführende Unterstützung der Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ), um Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familienverhältnissen eine Teilnahme zu ermöglichen

Von Liv Mahrer (SP), Anjushka Früh (SP) und Sophie Blaser (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Interessengemeinschaft Zürcher Sport-Ferienlager (IGFZ) weiterführend unterstützen kann, dass vermehrt Kinder und Jugendliche, welche aus Familien kommen, die eine Beitragsermässigung im Sinne einer Einzelfallhilfe gemäss Sonderrechnungsreglement (SRR, AS 611.112) bekommen, am Zürcher Sportferienlager Fiesch teilnehmen können.

Begründung:

Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familienverhältnissen haben oft einen eingeschränkten Zugang zu Angeboten wie dem Sport-Ferienlager Fiesch. Dies hat verschiedene Gründen. Aber aus Sicht der Integration wäre es für diese besonders wichtig, auch am Lagerleben teilnehmen zu können. Die Stadt Zürich soll eine Strategie erarbeiten und umsetzen, die es Kindern aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vermehrt ermöglicht, am Zürcher Sportferienlager Fiesch teilzunehmen. Die Stadt Zürich soll deshalb soweit es möglich ist aktiv auf diese Familien zuzugehen und über das Lager sowie die möglichen Reduktionsbeiträge zu informieren und sodann sicherzustellen, dass Familien mit bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen im Anmeldeverfahren auch berücksichtigt werden. Auch ein verstärktes Involvierens der Sportvereine dafür soll hierfür in Betracht gezogen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5329. 2025/505

Postulat von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:

Flussbad Unterer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum

Von Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Flussbad Unterer Letten an der Limmat möglichst bald ganzjährig für die Bevölkerung als Grün- und Erholungsraum zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Das Flussbad Unterer Letten ist ein wunderschöner und inspirierender Ort im Kreis 10, welcher von der Lokalbevölkerung geschätzt und intensiv genossen wird. Auch im Winter ist die Bevölkerung auf gut erreichbare sowie frei zugängliche Grün- und Erholungsräume angewiesen ein grosses Bedürfnis im Quartier. Sie tragen dazu bei, den Bewohner*innen Erholung, Bewegung und Begegnung im Alltag zu ermöglichen. Das

Flussbad Unterer Letten ist ein ungenutzter Grüner Schatz, welcher im Winterhalbjahr bislang ungenutzt bleibt. Es ist eine verpasste Chance, wenn eine so schöne Grünfläche während dieser Monate geschlossen bleibt. Dadurch würde der Bevölkerung ein zusätzlicher Mehrwert geboten. In den Freibädern Letzigraben, Allenmoos, Mythenquai und Tiefenbrunnen wurde dies bereits erfolgreich umgesetzt. Angestossen wurde dies durch eine Petition der Grünen Kreis 3/9, welche die ganzjährige Zugänglichkeit der Letzibadi als 4-Jahreszeiten-Stadtpark forderte. Jetzt können wir diesen erfolgreichen Pfad für mehr zugängliche Grünflächen weiterführen und eine zugängliche Limmat für alle sicherstellen.

Mitteilung an den Stadtrat

5330. 2025/506

**Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 29.10.2025:
Flussbad Oberer Letten, ganzjährige Zugänglichkeit für die Bevölkerung als
Erholungsraum und Winterbadeort**

Von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Flussbad Oberer Letten ganzjährig für die Bevölkerung als Erholungsraum und Winterbadeort zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Das Flussbad Oberer Letten ist ein zentraler Ort im Kreis 6, der von unzähligen Menschen geschätzt und genutzt wird. Zunehmend treffen sich hier auch ausserhalb der klassischen Badesaison Personen zum Winterschwimmen.

Gerade im Winterhalbjahr bleibt das Flussbad jedoch eine weitgehend ungenutzte Perle der Naherholung. Es ist eine verpasste Chance, wenn ein so bedeutender und schöner Ort in diesen Monaten geschlossen bleibt.

Dass ein solcher Ansatz funktioniert, zeigen die Freibäder Letzigraben, Allenmoos, Mythenquai und Tiefenbrunnen, die bereits erfolgreich ganzjährig geöffnet wurden. Angestossen wurde dies durch eine Petition der Grünen Kreis 3/9, welche die ganzjährige Zugänglichkeit der Letzibadi als «Vierjahreszeiten-Stadtpark» forderte. Diesen erfolgreichen Weg können wir nun weitergehen – für mehr zugängliche Grünflächen und eine offene Limmat für alle.

Die Quartierbevölkerung ist auch im Winter auf gut erreichbare sowie frei zugängliche Grün- und Erholungsräume angewiesen. Sie tragen dazu bei, den Bewohner*innen Erholung, Bewegung und Begegnung im Alltag zu ermöglichen. Insbesondere für Winterbader:innen ist wäre das Flussbad Oberer Letten auch im Winter ein attraktiver Badeort. Auch trägt die ganzjährige Öffnung des Flussbades Oberer Letten dazu bei, die Limmat möglichst der Züricher Bevölkerung zugänglich zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

5331. 2025/507

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 29.10.2025:
Anpassung der Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahme-
gebühren für das Ferienlager Fiesch**

Von Urs Riklin (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kriterien zur Berechtigung einer Ermässigung der Teilnahmegebühren für das Ferienlager Fiesch angepasst und der Prozess für die Beantragung sowie die Entrichtung der Ermässigung vereinfacht werden können. Hierfür sollen u.a. die Ansätze der Einkommensgrenzen für die jeweiligen Ermässigungssätze erhöht und statt differenzierte Vermögensobergrenzen eine einheitliche festgelegt werden.

Begründung:

Das Sport- und Ferienlager Fiesch ist ein beliebtes Angebot für Jugendliche der Stadt Zürich. Mit dem Antrag des Stadtrats in der Weisung 2025/251 sollen die Teilnahmegebühren für das Ferienlager erhöht werden. Für Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen besteht bereits heute die Möglichkeit, je nach Vermögens- und Einkommenssituation, eine Ermässigung von bis zu 75 Prozent zu beantragen.

Angesichts der geplanten Erhöhung der Teilnahmegebühren erscheint auch eine Anpassung der Ansätze für eine Ermässigung angezeigt. Die Lebenshaltungskosten sind in der Stadt Zürich in den vergangenen Jahrzehnten stark angestiegen und stellen für viele Familien eine erhebliche Belastung dar. Zudem wirken die derzeit geltenden Ansätze veraltet und im Vergleich zu jenen anderer Ermässigungskarten eher restriktiv. Die Grüne Fraktion schlägt daher auf Basis der bestehenden Kriterien vor, folgende Ansätze für die Ermässigung zu prüfen:

Haushaltseinkommen	Vermögen	Ermässigung
Härtefälle		90% - 100%
bis Fr. 50 000.-	kleiner als Fr. 50 000.-	75%
Zwischen Fr. 50 000.- bis 65 000.-		50%
Zwischen Fr. 65 000.- bis 75 000.-		25%

Im Weiteren soll der Stadtrat prüfen, inwiefern die bestehende Struktur zur Beantragung, Finanzierung und Entrichtung der Ermässigung vereinfacht werden kann. Aktuell wird das Anmeldewesen sowie das Inkasso der Teilnahmegebühren durch das Schul- und Sportdepartement vorgenommen, während das Prüfen und Gewähren der Ermässigung durch das Sozialdepartement erfolgt. Nicht zuletzt soll auch geprüft werden, inwiefern das Angebot auf Ermässigung besser kommuniziert werden kann, indem beispielsweise die Berechtigungskriterien für eine Ermässigung auf der Webseite des Sport- und Ferienlager Fiesch einsehbar sind.

Mitteilung an den Stadtrat

5332. 2025/508

**Postulat von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 29.10.2025:
Verkauf der Energie 360°, Angebot von kommunalen Infrastrukturen an die
jeweiligen Gemeinden zum Kauf**

Von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) ist am 29. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Verkauf der Energie 360° AG mindestens kommunale Infrastrukturen der jeweiligen Gemeinde zum Kauf angeboten werden und nicht ans EKZ mitverkauft werden.

Begründung:

Der Stadtrat hat bekannt gegeben, dass er mit der EKZ in Verhandlung steht bezüglich eines Verkaufs der e360° AG. Dieser Verkauf ist, wie die Reaktionen gezeigt haben, nicht unumstritten. Eine wesentliche, unklare Rahmenbedingung, ist die Behandlung des Gasversorgungsnetzes auf dem Gebiet der Stadt Zürich. Dieses ist aus Sicht der Postulant:innen zu rekommunalisieren und ins ewz zu integrieren. Es soll nicht per Konzession durch eine verkaufte e360° AG betrieben werden. Analog zum Gasversorgungsnetz in der Stadt Zürich existieren zahlreiche Infrastrukturen wie z.B. Wärmeverbünde in Gemeinden ausserhalb der Stadt Zürich, bei denen vor einem allfälligen Verkauf zu prüfen ist, ob sie ins Eigentum der jeweiligen Gemeinde überführt und damit unter direkte demokratische Kontrolle gestellt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die neun Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5333. 2025/509

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen, Positionierung zu den angekündigten Zugangerschwerungen auf kantonaler und nationaler Ebene, Verhinderung von negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien, bestehende Diskriminierungen in der Stadt sowie Auflagen und Weisungen an die Spitäler und das medizinische Fachpersonal

Von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Zuge der Herbstsession 2025 wurde im Nationalrat die Motion 25.4081 eingereicht, welche ein Verbot geschlechtsangleichender Operationen bei urteilsfähigen Minderjährigen sowie die Einschränkung von Pubertätsblockern bewirken soll und auch die Zustimmung der Eltern verpflichtend machen würde.

Zwei Tage später folgte ein Postulat von Bettina Balmer (FDP.Die Liberalen), Fachärztin der Kinderchirurgie am Kinderspital Zürich, gestützt von Vertreter:innen von SP und die Mitte, welches einen Bericht über die tatsächliche Versorgungslage trans Jugendlicher und eine grundlegende Abklärungen über Kompetenzen und Ressourcen in der Schweiz verlangt.

Initiiert wurde die Forderung nach eklatanten nationalen Einschränkungen der Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich, Natalie Rickli, an der Pressekonferenz am 7. Juli. Nach eigenen Auskünften hat die Gesundheitsdirektion durch bereits getroffene Massnahmen die Zahl der Eingriffe von 2023 auf 2024 um über 70% reduziert und plant weitere Schritte, um die Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen einzuschränken.

Im Hinblick auf die im Gleichstellungsplan 2024-2027 formulierten Ziele, wie etwa: «Die Stadt Zürich ermöglicht einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit für alle Geschlechter», und die Tatsache, dass die Bevölkerung von Zürich unmittelbar von den bereits getroffenen sowie den angekündigten kantonalen und nationalen Zugangsbeschränkungen betroffen ist, bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie positioniert sich die Stadt Zürich zu den bereits erfolgten sowie den angekündigten Zugangerschwerungen zur Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen auf kantonaler und nationaler Ebene im Hinblick auf die eigenen Ziele zur Gleichberechtigung?
2. Wie wird sichergestellt, dass die kantonalen und nationalen Bemühungen, die Anzahl der Behandlungen von trans Jugendlichen zu senken, und das verschärfte politische Klima möglichst wenig negative Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien haben?
3. Inwiefern bestehen bereits diskriminierende Zugangsbeschränkungen in der Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen und inwiefern kann die Stadt Zürich zur Beseitigung dieser Hürden beitragen? Spezifisch wird erfragt:
 - a. Bestehen Weisungen an Spitäler und an Ärzt:innen, die Abgabe von Medikamenten wie Pubertätsblockern und Hormonpräparaten aufgrund der Geschlechtsidentität unterschiedlich zu handhaben? Wenn ja, welche?
 - b. Bestehen Auflagen für medizinisch indizierte Behandlungen an urteilsfähigen trans Jugendlichen, welche an urteilsfähige cis Jugendliche nicht gestellt werden? Wenn ja, welche?
 - c. Bestehen Weisungen an Spitäler und Ärzt:innen, medizinisch indizierte Eingriffe und Behandlungen bei trans Jugendlichen ohne medizinische Grundlage hinauszuzögern oder zu unterlassen? Wenn ja, welche?

Mitteilung an den Stadtrat

5334. 2025/510

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 29.10.2025:

Verkehrsunfälle im Gebiet um den Hauptbahnhof, Art der Unfälle, prozentualer Anteil der Geschwindigkeit als hauptsächliche Unfallursache, alternative Massnahmen zu Tempo 30, Auswirkungen der Temporeduktion auf den Verkehr und Konsultation der betroffenen Branchen und des Kantons sowie Abstimmung der Massnahme mit der Planung «Stadtraum Hauptbahnhof 2050»

Von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 29. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 22. Oktober 2025 veröffentlichte das Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich unter dem Titel «Mehr Verkehrssicherheit dank Tempo 30 um den Hauptbahnhof». Darin wird angegeben, dass sich in den letzten fünf Jahren im Gebiet um den Hauptbahnhof mehr als 700 Verkehrsunfälle ereignet haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welcher Art waren diese Unfälle? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung getrennt in Jahre und Art der Unfälle.
2. Zu welchem Prozentsatz war die Geschwindigkeit des MIV jeweils als die hauptursächliche Unfallursache und weshalb fehlen in der Mitteilung Belege für ein offensichtliches Sicherheitsproblem?
3. Wurden alternativen Massnahmen (z. B. gezielte Polizeikontrollen, Beleuchtung oder Verkehrsführungen ohne Geschwindigkeitslimits, etc.) wurden geprüft? Falls nicht, aus welchem Grund?
4. Ist geplant, durch die Temporeduktion Mehreinnahmen aus Bussgeldern zu erzielen?
5. Wie wirkt sich die Tempo-30-Zone um den Hauptbahnhof auf den Individual- wie auch den öffentlichen Verkehr aus, insbesondere auf den gewerblichen Verkehr und die Erreichbarkeit des Hauptbahnhofs aus? Existieren Schätzungen zu zusätzlichen Verzögerungen bei öffentlichem oder Individualverkehr?
6. Wurde die Öffentlichkeit oder betroffene Branchen (z. B. Taxi-Unternehmen, Gewerbevereinigungen, Logistikfirmen etc.) vorab konsultiert? Falls nein, weshalb nicht?
7. Wurde der Kanton Zürich als Inhaber eines Grossteils der von dieser Massnahme betroffenen Strassen vorab konsultiert? Falls nein, weshalb nicht?
8. Nahezu alle Fussgängerstreifen in diesem Gebiet sind mit Lichtsignalanlagen (LSAs) versehen, trotzdem passieren offensichtlich sehr viele Unfälle. Korreliert die hohe Anzahl der LSAs mit der hohen Zahl an Unfällen?
9. Wurde diese Massnahme mit der Planung «Stadtraum Hauptbahnhof 2050» abgestimmt? Falls nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s s e n

5335. 2024/193

Wahl eines Mitglieds in die SK PRD/SSD nach dem Rücktritt von Christina Horisberger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Cordelia Forde (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5336. 2024/194

Wahl eines Mitglieds in die SK FD nach dem Rücktritt von Simon Diggelmann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Micha Amstad (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5337. 2024/195

Wahl eines Mitglieds in die SK SID/V nach dem Rücktritt von Guy Krayenbühl (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 27. Oktober 2025):

Xenia Voellmy (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5338. 2023/455

Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)

Gegen den Gemeinderatsbeschluss 4842 vom 9. Juli 2025 bezüglich der Parlamentarischen Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend die Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP), veröffentlicht im Städtischen Amtsblatt vom 16. Juli 2025, hat das Referendumskomitee «Gemeinnützige Altersheime retten!» das Volksreferendum ergriffen.

In Anwendung von § 127 in Verbindung mit §§ 143 und 158 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR), hat der Stadtrat am 22. Oktober 2025 beschlossen:

Das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss 4842/2025 (GR Nr. 2023/455) bezüglich der Parlamentarischen Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend die Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) ist zustande gekommen.

Nächste Sitzung: 5. November 2025, 17.00 Uhr